Nr. 255. Halle (Saale), Montag, den 28. Oktober 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,— Mk., vierteljährl. 3,— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld: extra. Für Kriegsfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag nachmittag.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 30 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,— Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, groß. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Der Vorstoß des Militarismus.

Diktator Ludendorff gestürzt.

Berlin, 26. Oktober. Amtlich. Seine Majestät der Kaiser und König haben den General der Infanterie Ludendorff, Ersten Generalquartiermeister, im Frieden Kommandeur der 85. Infanterie-Brigade, heute in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

Der Reichstag hat am Sonnabend die von der Regierung vorgeschlagenen Verfassungsänderungen angenommen. Die weitestgehende davon ist die Einschränkung der militärischen Kommandogewalt des Kaisers. Sie war aber auch für die militärischen Gewalthaber und die für Reaktionäre aller Schattierungen die allerschmerzlichste! In den alldeutsch-reaktionären Blättern tobte man wütend gegen die Beschneidung der militärischen Gewalt und schrie geradezu nach der Militärdiktatur. Auch die Vorgänge im Reichstage in der Freitags-Sitzung, der kriegerische Vorstoß des Kriegsministers und das herausfordernde Auftreten des konservativen Führers Westarp, beleuchteten die ganze Situation blitzhell. Genosse Ledebour hatte dieses Vorgehen schlagfertig als eine zielbewußte Vorarbeit für ein Pronunziamiento der Generalität charakterisiert, wodurch das Volk aufs neue in Illusionen über die militärische Lage gewiegt und willig gemacht werden solle, sich zu völlig sinnlosen Opfern wiederum ins Feuer schicken zu lassen. Genosse Cohn, der dritte Redner unserer Partei, konnte dieser Andeutung dann die gründliche Enthüllung der neuesten Bedrohung der Friedens- und Waffenstillstandsaussichten durch den deutschen Militarismus folgen lassen. Wie eine explodierende Bombe fiel sein Nachweis in die Zuhörerschaft, daß in der von einer militärischen Institution, dem Kriegspressearmt, geleiteten Berliner Pressebesprechung, die am Vormittag abgehalten wurde, zwei Telegramme Hindenburgs verlesen worden sind — das erste eine Ableugnung, daß die Oberste Heeresleitung die Quelle des Friedens- und Waffenstillstandsangebots gewesen sei; das zweite, die Erklärung, daß Heer und Flotte sich gegen die Kapitulation auflehnen, die Wilson ihnen zumute. So hat sich die Oberste Heeresleitung also auch unter dem neuen Regiment, das die Einheit der Regierung und die Unterordnung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt gewährleisten soll, als politische Instanz aufgetan, um die Bemühungen der zivilen Reichsleitung in rücksichtslosester Weise zu durchkreuzen und im Zusammenwirken mit den alldeutschen und konservativen Gegnern der Regierung, das deutsche Volk noch einmal in die Hölle eines aussichtslosen Verzweiflungskampfes zu jagen. Der Militarismus, den die neuen „Gewalthaber", die „regierenden" Mehrheitsparteien schon abgetan wähnten, erhob aufs neue kühn das Haupt und drohte abermals in höchst verhängnisvoller Weise in das Schicksal des deutschen Volkes einzugreifen, des Volkes, das von ihm schon an den Rand des Abgrunds geführt worden ist! Der Alarmruf, den die Unabhängige Sozialdemokratie ins Land ergehen läßt, deckt eine wahrhaft tödliche Gefahr für das deutsche Volk, für das deutsche Proletariat auf! Das Schicksal pocht mit eiserner Faust an unsere Pforte und wir müssen ihm mit äußerster Entschlossenheit entgegentreten!

Vorläufig scheint ja der Vorstoß der Militaristen abgeschlagen. Der Mann, in dem sich während vier Kriegsjahren die Militärdiktatur gleichsam verkörperte, der in Deutschland wie ein Autokrat herrschte: General Ludendorff hat vom Schauplatze seiner politisch für das deutsche Volk so unheilvollen Tätigkeit abtreten müssen; die „Volksregierung" ist zunächst Sieger geblieben. Ludendorff war der heftigste und mächtigste Gegner der angestrebten Verfassungsänderung, der er sich mit der ganzen ihm eigenen Rücksichtslosigkeit widersetzte. Eine Verständigung zwischen ihm und der Zivilregierung war von vornherein aussichtslos. Und da die neue Regierung fest blieb, stand die Frage hart auf hart so: Militärdiktatur oder Volksregierung! Ludendorff unterlag, er mußte gehen.

Nun da er gestürzt ist, erfährt eine weitere Oeffentlichkeit erst, wer und was Ludendorff eigentlich war und welch eine gefährliche Macht er an der Spitze des deutschen Heeres jahrelang ausgeübt hat. Theodor Wolff entwirft im B. T. u. a. das folgende Charakterbild von ihm:

„Der Mann, der so voll Groll den Platz verläßt, hat mehr als zwei Jahre lang wie ein Diktator Deutschland beherrscht. Das Publikum, dem man nur weniges sagen durfte, hat von dieser Diktatorgewalt, ihrer Anwendung und ihren Wirkungen nur eine sehr unzureichende Vorstellung gehabt, aber um so mehr haben die Regierungen und alle, die an der Politik irgendwie teilnehmen mußten, die unablässige, ruhelose und gefährliche Tätigkeit dieser allmächtigen militärischen Persönlichkeit verspürt. Es ist gewiß rühmenswert, daß Ludendorff in seinem stolzen Selbstbewußtsein sich vor keinem, der durch Geburt und Gewohnheit die höchsten Rechte zu haben glaubte, beugte und daß er seinen Namen mit keinem Adelszeichen belasten ließ. Aber der gleiche Stolz und das gleiche Selbstvertrauen trieben ihn, als er schlecht beraten wurde und das Machtgefühl ihn ganz erfüllte, zu weit weniger erfreulichen Taten und Ideen. Wie ein Napoleon wollte er allen seinen Willen aufzwingen, griff er in alles, in absolut alles, hinein. Ohne ihn sollte kein Rad in Deutschland sich drehen. Gewiß kann mitunter, in Kriegszeiten, die höchste Kraftentfaltung erzeugt werden, wenn alle Gewalt in den Händen eines genialen Ausnahmemenschen liegt. Aber die Völker sind heute selbständiger, die Staatsbetriebe sind komplizierter als früher, und aus den preußischen Kadettenanstalten mit ihrer einseitigen Erziehung kommen im allgemeinen nicht die napoleonischen Universalgenies."

„. . . Ludendorff glaubte an sich, und das mag kein Fehler sein. Aber er glaubte so sehr an sich, daß er die Gesten des Diktators annahm, und dazu kam, daß er unter dem Einflusse seiner ihm nahestehenden Untergebenen auf ganz bestimmte Wege geriet. Die Meinungen und Wünsche der Kriegsindustriellen, des Herrn Duisberg und der Schwerindustriekapitäne, herrschten dort vor. Man war alldeutsch, oder etwas Aehnliches, und betrieb die Eroberungspolitik. Wie weit Ludendorff die Gestaltung der Dinge im Osten herbeigeführt hat, wird verschieden dargestellt. Sicher hat er immer zur schärferen Politik gedrängt. Daß er den uneingeschränkten U-Boot-Krieg schließlich forderte, mag entschuldbar sein, da er sich berechtigt glauben konnte, den Marinespezialisten zu vertrauen. Herr v. Bethmann Hollweg seufzte und stöhnte unter dem harten Druck einer so überall sich betätigenden Selbstherrlichkeit Ludendorff erzwang schließlich Bethmanns Fall. Er kam auch damals nach Berlin und reiste als Sieger ab. Als im September 1917 Herr v. Kühlmann in einer Konferenz, die unter dem Vorsitz des Kaisers stattfand, für die Herausgabe von Belgien eintrat, zog er sich die Feindschaft Ludendorffs zu. Nach der Reichstagsrede, in der er, harmlos und bescheiden, gesagt hatte, daß der Krieg nicht auf dem Schlachtfelde gewonnen werden könne, setzte Ludendorff seine Entlassung durch. Der Chef des Zivilkabinetts, Herr v. Valentini, wurde durch den Ludendorffschen Kreis zur Strecke gebracht. Immer, wenn politische Angelegenheiten geregelt werden sollten, war Ludendorff da. Frankreich hat früher die sogenannten politischen Generale gehabt, und alle deutschen Geschichtsschreiber sagen, daß das kein Glück für Frankreich gewesen sei. Die Franzosen haben sich das, und manches andere, abgewöhnt, und sie haben sehr recht darin gehandelt, denn es ist wirklich kein Glück."

„Von zahllosen Beispielen, die man für die vielseitigen, und dabei einseitigen, Bemühungen Ludendorffs anführen könnte, sei nur eins, bisher unbekanntes, erwähnt. Als der Berliner Streik ausgebrochen und beendet war, ließ die Oberste Heeresleitung, also Ludendorff, ein Schreiben an die Regierung ergehen. In diesem Schreiben wurde erklärt, die Gewerkschaften — deren Haltung soviel zur schnellen Beilegung des Ausstandes beigetragen hatte — wären ganz ohnmächtig und hätten versagt. Man solle sie vor bestimmte Fragen stellen, und sie würden dann entweder ihre Einflußlosigkeit zeigen, oder jeden Anspruch auf die Rücksichten verlieren, mit denen sie bisher behandelt worden seien. Es wurde empfohlen, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen in einem Kartell zu vereinigen, um sie den freien Gewerkschaften entgegenzustellen. Der Verfasser schien die Unmöglichkeit und die Schädlichkeit seines Projektes nicht im entferntesten einzusehen. Ein Brief des Kriegsministers v. Stein war beigefügt. Der Herr Kriegsminister empfahl, alle an einem Streik beteiligten Abgeordneten einfach zu verhaften, ganz gleich, ob die Verfassung das verbiete oder nicht. Wie die weltpolitischen Auffassungen Ludendorffs waren seine sozialen und innerpolitischen vom Einfluß der Schwerindustrie tüchtig durchtränkt . . .

Seinem Machtgefühl entsprach es, daß er weltumfassend in die Weite strebte und den Kreis der militärischen Unternehmungen immer weiter zog. Er schickte Armeen überall hin, organisierte immer eine neue Expedition. Was wir in Finnland und an manchen anderen Stellen der Erde zu suchen hatten, sahen wir unkundigen Zuschauer nicht recht ein. Aber es scheint, wir mußten überall Weltordner, Königsmacher und Schiedsrichter sein. Das alles war glanzvoll und groß, wie die Taten Napoleons. Auch da wird die Kriegsgeschichte zu sagen haben, ob es das Richtige war. Während unsere Truppen überall siegreich die deutsche Fahne aufpflanzten, bildete Foch, in den Wäldern von Compiegne und Villers-Cotterets, seine Reserve-Armeen. Doch darüber zu urteilen, ist, wie gesagt, Sache der Militärs."

„Es ist klar, daß ein Mann wie Ludendorff die Demokratisierung Deutschlands und alles, was damit zusammenhängt, nur unwillig sah. Er hat sämtliche Regierungen beherrscht, hat Bethmann Hollweg und Kühlmann beseitigt, und soll sich nun einer demokratischen Zivilregierung unterordnen, sich unter eine Volksregierung stellen . . ."

So gab es natürlich für ihn nur ein Entweder — oder! Sein Herrscherwille und sein Machtbewußtsein zerbrachen diesmal an dem Granitfelsen von Ereignissen und Tatsachen, die gerade er durch seine rücksichtslose Kriegspolitik mit geschaffen und herbeigeführt hat. Ob sein Sturz ein endgültiger sein wird, das ist nicht so ohne weiteres zu bejahen. Aber ihn dazu zu machen, das ist eine der wichtigsten Pflichten einer wirklichen Volksregierung. Dazu ist vor allem notwendig, daß die ganze politische und militärische Macht des Staates ganz anders und tiefer und fester im Volke verankert werden muß, als dies in den vom Reichstage angenommenen Verfassungsänderungen geschehen ist. Genosse Bernstein hat in seiner Rede im Reichstage am Sonnabend (wir können den Bericht leider erst morgen bringen. Red. Volksbl.) vergeblich auf die Halbheiten der Aenderungen hingewiesen. Es bleibt auch jetzt noch viel zu viel Macht in der Hand des „obersten Kriegsherrn", was einmal sehr üble Folgen für das Volk haben kann, wenn hier nicht radikaler durchgegriffen wird. Schon die Erklärung des Kriegsministers, daß er sich mit der Verfassungsänderung ohne weiteres einverstanden erklären könne, sollte zu denken geben! Wie eine wirklich demokratische Verfassung, die alle Macht in die Hände des Volkes legt, beschaffen sein muß, das zeigten die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie. Sie forderten als selbstverständlich u. a. auch, daß der Krone das Recht genommen wird, den Reichstag aufzulösen, und daß der Reichstag zur obersten Instanz im Reiche wird. Durch Annahme dieser Anträge hätte die „Reichstagsmehrheit" beweisen können, daß es ihr mit einer wirklichen Demokratisierung heiliger Ernst ist. Aber selbst die Regierungssozialisten ließen die Anträge im Stich und schoben sie in die Begräbnisanstalt des Hauptausschusses ab. Nur immer langsam voran, das ist auch ihre Losung, und man geht keinen Schritt weiter als man durch die Ereignisse geschoben wird. Das kann sich noch einmal bitter rächen! Auch der rosenrote Optimismus der Regierungssozialisten, die sich an den „Erfolgen" der „Neuordnung" schon förmlich berauschen, ist eine höchst gefährliche Erscheinung und nur dagegen angetan, die Massen, die ohnehin viel zu lange geschlafen haben, wieder einzuschläfern. Bringt es doch der Vorwärts in seinem Gefühlsüberschwange fertig, zu behaupten:

„Was gekommen ist, mußte kommen, auch wenn Deutschland gesiegt hätte! Denn die deutsche Sozialdemokratie war entschlossen, den Sieg Deutschlands nicht zu einem Siege des alten Systems werden zu lassen, jeder sozialdemokratische Arbeiter hätte dann mit seinem Leben dafür einstehen müssen, daß solcher Mißbrauch unmöglich wurde. Konnten die Massen aus dem Felde heimkehren, um sich knechten zu lassen? Die ungünstige Wendung des Krieges hat uns vielleicht wenigstens die allerschwerst inneren Kämpfe erspart!"

Wenn man so etwas in einem regierungssozialistischen Blatte liest, so sind das, mit Verlaub gesagt, nichts als platte Redensarten, die überdies sehr nach Selbstbeweihräucherung der regierungssozialistischen Kriegspolitik aussehen. Denn die hat doch am allerwenigsten dafür gewirkt, daß den „Massen", die „aus dem Felde heimkehren", das Gefühl gestärkt wurde, daß es ihrer unwürdig ist, sich noch weiter knechten zu lassen. Was es mit solchen regierungssozialistischen Redensarten wirklich auf sich hat, das könnte sich am schärfsten zeigen, wenn sich die einstweilen zurückgedrängten Machtgelüste wieder in bedrohlicher Weise bemerkbar machen würden. . . Sie sind noch keineswegs beseitigt, und die klassenbewußte Arbeiterschaft wird sehr auf der Hut sein müssen, um den reaktionär-militärischen Gewalten rechtzeitig mit machtvoller Entschlossenheit entgegentreten zu können!

*

General Ludendorff wurde am 9. April 1865 als Sohn eines Rittergutsbesitzers in Kruszewnia bei Posen geboren, besuchte das Kadettenhaus in Plön und wurde mit 17 Jahren Leutnant im Infanterieregiment 57 in Wesel. Nachdem er als Premierleutnant im 2. Seebataillon auch Seereisen nach Skandinavien und England unternommen hatte, wurde er im Jahre 1890 zur Kriegsakademie kommandiert und sodann — dreißigjährig — als Hauptmann in den Großen Generalstab versetzt, dem er mit Unterbrechung bis zum Sommer 1913 angehörte. Als Chef der Operationsabteilung war Ludendorff im Großen Generalstab einer der führenden Offiziere, dessen Arbeitskraft sich auf den verschiedensten Gebieten, wie bei der Organisation, Bewaffnung und Ausbildung des Heeres, beim strategischen Ausbau des Eisenbahnnetzes und des Festungssystems, geltend machte. Unter seiner Mitarbeit entstanden, noch als Graf Schlieffen Chef des Großen Generalstabes war, die operativen Pläne für die Mobilmachung und den Aufmarsch der Heere.

Als Hindenburg an Stelle Falkenhayns Generalstabschef des Feldheeres wurde, blieb Ludendorff in der neugeschaffenen Stellung eines Ersten Generalquartiermeisters sein Gehilfe.

Vor dem Waffenstillstand?

Die deutsche Antwort an Wilson.

Berlin, 27. Oktober. (W. T. B.) Die deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen.

Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt.

Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frie-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191810 28-16/fragment/page=0001

den der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

(gez.) Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

•

Aeußerungen der Presse.

Berlin, 23. Oktober. (W. T. B.) Die dritte Note an Wilson ist, wie die Voss. Ztg. schreibt, nach Ton und Inhalt die selbstverständliche Konsequenz der bisher unternommenen Schritte zur Herbeiführung des Friedens. Einen Fortschritt der diplomatischen Lage kann sie nicht bedeuten, da angesichts der vollzogenen Umgestaltung der innerdeutschen Verhältnisse der nächste Schritt in der Entwicklung der Dinge bei den Gegnern liegt.

Die Note fragt nicht, heißt es im Lok. Anz., nach den Bedingungen der Feinde für einen Waffenstillstand, sondern nach ihren Vorschlägen für einen solchen. Das bringt zum Ausdruck, daß Deutschland nicht als ein sich unterwerfender, sondern als gleichberechtigter Faktor zum Verhandlungstisch schreiten will. Auch der Satz, nach dem der Waffenstillstand einen Frieden der Gerechtigkeit einleiten soll, birgt einen deutschen Vorbehalt gegenüber Forderungen, wie sie durch die Presse in London, Paris, Rom, Mailand und Neuyork vorgebracht worden sind. Die Kämpfe in den letzten Wochen haben immer wieder den Nachweis geführt, daß die militärische Lage nicht im mindesten Zwang zu einer Waffenstreckung enthält.

Im Berl. Tagebl. liest man: In Frankreich wenden sich die Sozialisten gegen Clemenceau, der auf seine erdenkbare Siegestrophäe verzichten will. In England versuchen Henderson und seine Genossen zügelnd zu wirken, während zwischen den erwürgenden Waffenstillstandsbedingungen der Konservativen und den liebelnden der Liberalen kaum ein wesentlicher Unterschied besteht.

Der Vorwärts schreibt: Auf alle Fälle ist es Zeit, daß wir die Bedingungen für einen Waffenstillstand kennen lernen. Nach den Andeutungen Wilsons, noch mehr der englischen und französischen Presse, müssen wir uns auf Dinge gefaßt machen, die uns alle tief ans Herz greifen. Es wird einen Augenblick der leidenschaftlichen Aufwallung geben und der Schrei nach dem letzten Verzweiflungskampf wird manche verborgene Saiten unseres Empfindens in Schwingungen versetzen. Da werden wir uns sagen müssen, daß es jetzt darauf ankommt, zwecklose Blutvergießen zu vermeiden. Die Aufgabe des Militärs wird damit erledigt sein, und die Diplomatie wird in ihre Rechte treten. Alles, was noch zu retten und zu gewinnen ist, kann nur noch in den Friedensverhandlungen der Friedenskonferenz gewonnen und gerettet werden. Das deutsche Volk würde auch ohne Waffen am Friedenstisch ein bedeutungsvoller Faktor sein.

•

Washington, 26. Oktober. (Reuter.) Oberst House, der persönliche Vertreter des Präsidenten Wilson, und Admiral Benson, der Chef der Seestreitkräfte, welche in Paris angekommen sind, werden die Vereinigten Staaten bei der Beschlußfassung über das deutsche Gesuch um Waffenstillstand und die Einleitung von Friedensverhandlungen vertreten.

Es ist Zeit für die Arbeiterklasse!

Die Internationale soll zusammentreten!

Stockholm, 26. Oktober. (W. T. B.) In dem Blatte Sozialdemokraten teilt Branting mit, daß er an Troelstra telegraphiert habe, ob nicht unmittelbare Vorbereitungen getroffen werden könnten, eine internationale sozialistische Konferenz jetzt einzuberufen. Es sei Zeit, daß die Arbeiterklasse hervortrete und ihr schwerwiegendes Wort für einen Frieden des Rechtes und der Demokratie in die Wagschale lege.

•

Bern, 26. Oktober. (W. T. B.) Populaire nimmt wiederum in entschiedener Weise gegen die in Frankreich bestehende Kriegspartei Stellung, die durch die Mittel, über die sie verfüge, mächtig sei. Sie habe nahezu die ganze Presse in der Hand, durch welche sie die Oeffentlichkeit in dem von ihr gewünschten Sinne bearbeite. Das Volk müsse wieder mündig werden. Die Pflicht der neuen Sozialistenmehrheit sei, jetzt schon Worte in dieser Richtung zu sprechen, die Handlungen gleichkämen. Wenn sie zögere und der Flut der Ereignisse nicht zuvorkomme, so würde sie noch schwerere Verantwortlichkeit auf sich laden, als die frühere Mehrheit. Frankreich müsse eine andere Sprache hören als die derer, die den Krieg verlängern wollen, weil sie daraus Gewinn ziehen.

Die Angst vor dem „Bolschewismus".

Haag, 25. Oktober. (W. T. B.) Het Nieuws van den Dag schreibt: Aus dem Osten und Südosten Europas droht eine Gefahr, die vielleicht die schlimmste von allen ist, nämlich der Bolschewismus. Ob die Ententeländer von dieser Aufreckung verschont bleiben werden, scheint aber die Führer Italiens, Frankreichs und Englands nicht zu beunruhigen.

Rumänien führt wieder Krieg?

Wien, 27. Oktober. (W. T. B.) Der Berichterstatter der N. Freien Presse meldet aus Czernowitz: Rumänische Truppen rücken in die Dobrudscha ein. Die Rumänen sind entschlossen, ihre letzte Karte auszuspielen, und glauben, diesmal entschieden Glück zu haben. Die Veränderungen in Oesterreich und die Lostrennungsabsichten der Ungarn werden, wie sie glauben, die Geburt Groß-Rumäniens beschleunigen. Das Erscheinen der Alliierten an der rumänischen Grenze riß selbst besonnene Elemente in den Kriegswirbel. Die Nationalisten beherrschen die Lage.

Aus der Partei.

Unabhängiger Wahlsieg in Hagen.

Bei der diesmaligen Stadtverordneten-Wahl gingen die Regierungssozialisten gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien vor. Unsere Genossen ließen sich dadurch nicht irre machen und stellten selbständige Kandidaten auf. Nun hat die Hagener Arbeiterschaft entschieden, und zwar gegen den bürgerlich-regierungssozialistischen Mischmasch, auf dessen Kandidaten 111 Stimmen entfielen. Mit 150 Stimmen wurde der unabhängige Sozialdemokrat gewählt.

Aus dem Zuchthaus und Gefängnis entlassen

wurden die Dresdener Genossen und Genossinnen: Bernhard Menke, Max Hinig, Wella Henker, Willi Richter, Frau Just, Frau Normann, Fräulein Grießbach, Fräulein Grübler, Walter Schwiola, Margarete Hahn. — Ob auch der Genosse Lewinsohn entlassen worden ist, konnte die L. V. mit Bestimmtheit noch nicht feststellen.

Wir heißen die dem Leben Wiedergegebenen herzlich willkommen.

•

Von den Münchener Untersuchungsgefangenen sind die Genossen Albert Winter mit Sohn, Hans Unterleitner, Theodor Michler und Franz Müller am 22. Oktober entlassen worden. Die Genossen Kümpfer, Schröder und Winkler befinden sich noch immer in Haft!

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des Reichstags aus der Beilage.

Abg. Cohn (Unabh. Soz.):

Ich werde mit meinen Worten die Erregung nicht erhöhen, die sich augenblicklich des Hauses bemächtigt hat. Für uns ist in nationalen Fragen die Sprache ausschlaggebend. Den nationalen Minderheiten muß ausreichender Schutz gewährt werden. Das werden die Polen hoffentlich in Zukunft auch in ihrem Lande tun. In der dänischen Frage hat sich Staatssekretär Solf auf einen rein formalistischen Standpunkt gestellt. Auch die nationalen Grenzstreitigkeiten zwischen Nordschleswig und Preußen müssen im Sinne der Wilsonschen Botschaft gelöst werden. Bei einer Abstimmung wird sich ja herausstellen, wohin der überwiegende Wille der dortigen Bevölkerung geht

Die elsaß-lothringische Frage

darf keinen Grund zur Kriegsverlängerung abgeben. Wir haben eine Abstimmung der dortigen Bevölkerung schon in unserem Stockholmer Manifest empfohlen. — In dieser Stunde ist es notwendig festzustellen, wer für den Zustand verantwortlich ist, in den das deutsche Volk geraten ist. Der Krieg ist nicht durch die Schuld einzelner entstanden, sondern aus dem gesamten politischen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen heraus. Der Imperialismus in England war gesättigt und daher konservativ. Wesentlich raub- und machtlustiger war der junge deutsche Imperialismus, der noch dazu unterstützt wurde durch einen stark offensiven Militarismus, der sich mit den Mitteln der Gewalt und der Lüge durchsetzt. Des Extrablatt des Lokal-Anzeigers, der die Mobilmachung auf den Straßen verkündete, als sie noch gar nicht erfolgt war, damit das in die Welt hinaustelegraphiert würde, was ja auch geschehen ist, bleibt unvergessen.

Die Kriegserklärung an Frankreich

ist amtlich durch einen Angriff französischer Flieger auf Nürnberg, der erlogen war, begründet worden. (Hört, hört!) Man brauchte Rekruten und Polen und nannte es die polnische Befreiung. Die Zivilregierung führte Verhandlungen mit Wilson, dem Militär paßte das nicht, und sie durchkreuzten die Verhandlungen durch die

Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges.

Wie viele Hunderttausende wissen heute noch nicht, daß der Chef des Generalstabs Graf Moltke und auch Falkenhayn schon 1914 die Ueberzeugung hatten, daß nach der ersten Marneschlacht der Krieg für Deutschland verloren war. (Hört, hört!) Aber es ist dem Militarismus unmöglich, einen begangenen Fehler einzugestehen. Daher wurde der einzige Ausweg, der Friede, nicht gewählt. Dafür wurde durch

Knebelung jeder freien Meinungsäußerung

der Eindruck erweckt, als ob wir in Deutschland eine einheitliche, geistige und sittliche Front bilden, die in Begeisterung hinter den Heerführern und hinter dem Kaiser steht. Ein Präventivkrieg mußte gewonnen werden, wenn er später gerechtfertigt sein sollte. Wird er verloren, so wendet sich die Bevölkerung mit Recht gegen die Leute, die die Vorsehung spielen wollten und

das Volk in Unglück gebracht

haben. (Sehr wahr!) Jetzt wollen die Militärs versuchen, sich der Verantwortung zu entziehen, die auf ihnen liegt. Ende September hat Ludendorff nach Berlin geschrieben, es müsse sofort eine verhandlungsfähige Regierung gebildet werden, die ein Waffenstillstandsangebot und ein Gesuch um Frieden an Wilson zu richten hätte. (Hört, hört!) Eine verhandlungsfähige Regierung — deswegen mußte Hertling gehen. (Hört, hört!) Am 2. Oktober fand in Berlin unter dem Vorsitze des Vizekanzlers Paher eine Besprechung von Reichstagsabgeordneten statt, der Vertreter der Obersten Heeresleitung beiwohnten, die schriftlich formuliert diese Meinungsäußerung der Obersten Heeresleitung mitbrachten. Jetzt sieht es so aus, als ob auch Hindenburg sich der Verantwortung dafür zu entziehen sucht, daß das Friedensangebot gemacht ist. In der heutigen Pressekonferenz in Berlin, die unter Vorsitz des Chefs des Kriegspresseamts stattfand, ist ein Brief von Hindenburg verlesen worden, worin er sich dagegen verwahrt, daß er als Quelle dafür angerufen werde, daß von ihm gesagt sei, ein Waffenstillstand und Friedensangebot müsse in die Welt geschickt werden, weil Deutschland aus militärischen Gründen nicht mehr Zeit habe, zu warten. (Hört, hört!) Das beweist, daß die militärischen Stellen sich der Verantwortung für die von ihnen wenn nicht herbeigeführte, so doch nicht rechtzeitig dem Volke mitgeteilte Lage entziehen wolle. Aus diesem Bestreben erklärt sich, daß überhaupt das Waffenstillstandsangebot nicht von den Militärs, sondern vom zivilen Reichskanzler ausgegangen ist, daß gegen alle Gewohnheiten der zivile Reichskanzler auch mit den Einzelheiten von Waffenstillstandsverhandlungen betraut und belastet wird, die nach militärischem Brauch die Pflicht und das Vorrecht der militärischen Stellen gewesen wären. (Sehr wahr!) Man wollte eben nicht die Erklärung abgeben: Ich als Soldat bin genötigt, einen Waffenstillstand nachzusuchen. Die Militärs wollen ihre soziale Existenz und Geltung behalten trotz des verlorenen Krieges. Jetzt spielen die militärischen Stellen mit dem Gedanken des nationalen Aufrufs. Schon erfolgen

Vorstöße von Generalen

nach dieser Richtung hin. (Hört, hört!) Ebenfalls in der heutigen Pressekonferenz ist

ein Telegramm Hindenburg

verlesen worden, gerichtet an die nachgeordneten Stellen, die Armeeoberkommandierenden usw. Sein Inhalt soll lauten: „Wilson mutet dem deutschen Heere die Kapitulation zu, aber Heer und Flotte lehnen sich dagegen auf (Hört, hört!); sie werden lieber bis zum letzten kämpfen." Die Regierung wird sich gegenüber solchen Vorstößen der noch immer nicht außer Kraft gesetzten Militärmacht darüber klar sein müssen, daß alle ihre Politik scheitern kann und muß an dem Widerstand der militärischen Führer. Sie kann es sich nicht gefallen lassen, daß hinter ihrem Rücken in Pressekonferenzen eine Politik geführt wird, die der jetzigen Regierungspolitik gänzlich zuwiderläuft. (Sehr wahr!) Dieser Aufruf wendet sich auch direkt an die Krone, falls diese sich etwa dazu bringen ließe, auf die Anregung Wilsons einzugehen. Dann würden sich

Heer und Flotte gegen die Krone

wenden. Die Frage ist, ob wir den Frieden mit oder ohne den Träger der Krone schließen sollen. (Zuruf b. d. U. Soz.: Ohne!) (Präsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung.) Der Träger der Krone hat durch seine früheren Aeußerungen sehr viel dazu beigetragen, das deutsche Volk in der ganzen Welt zu diskreditieren und verhaßt zu machen. Ihn sieht auch das Ausland für den Protektor der Art von Kriegführung an, die im Ausland als die allerbrutalste angesehen wird und so viel Erbitterung gegen Deutschland hervorgerufen hat. Deshalb darf man sich nicht wundern, daß Wilson die militärische Niederlage Deutschlands benutzen will, um den Kaiser und sein Haus mit Stumpf und Stiel zu beseitigen.

Die bürgerlichen Parteien

sind reichlich schuld daran, denn sie haben in byzantinischer Weise dem persönlichen Regiment und der Autokratie gehuldigt. Das Berliner Tageblatt bittet jetzt in weinerlichem Tone, nicht auf alte Aeußerungen des Kaisers zurückzugreifen, sondern ihm selbst zu überlassen, welche Konsequenzen er aus der Lage ziehen will. Vom Tageblatt recht geschickt. Nur sollte das Tageblatt an seine eigenen jahrelangen byzantinischen Sünden denken. Sozialdemokraten dürfen meiner Ueberzeugung nach überhaupt nicht in eine bürgerliche Regierung eintreten. Aber in unsere Regierung einzutreten und ja dem Manne zu gehen, der die Sozialdemokraten so beschimpft hat, zeugt nicht von Takt und Selbstachtung.

Das stärkste Friedenshindernis

sind diejenigen, die für die Aufrechterhaltung ihrer sozialen Existenz und des autokratischen Systems nicht die Konsequenzen aus der Lage ziehen wollen. Dies Friedenshindernis muß beseitigt werden, ob es auf dem Throne oder in den Stuben der Obersten Heeresleitung sich befindet. Von meinem Standpunkt aus verlange ich, daß die ganze Dynastie das Feld räume. (Pfui! rechts.) Gegenüber dem ruchlosen Versuch, auch noch den letzten Rest der Volkskraft für ein Phantom aufzuopfern, müssen wir

das Volk anrufen,

sich mit aller Kraft zu wehren. Auf den Weltimperialismus und Weltkapitalismus wird folgen und ihn überwinden

die Weltrevolution.

(Pfuirufe und Beifall b. d. U. Soz. und zum Teil auf den Tribünen. Vizepräsident Dove droht für den Wiederholungsfall die Räumung der Tribünen an.)

Abg. Rühle (Kommunist): Die wahren Sozialisten lehnen jeden Verständigungsfrieden der Imperialisten und Kapitalisten ab; ebenso lehnen wir die sogenannte Demokratie und Parlamentarisierung ab, das arbeitende Volk verlangt vielmehr

die sozialistische Republik

und die Abdankung des Urhebers des Krieges, des Kaisers. (Präsident Fehrenbach ruft den Redner für diese Aeußerung zur Ordnung.) Das wird den Kaiser nicht vom Strafgericht retten. (Präsident Fehrenbach: Ich verbitte mir jede Bemerkung zu meinem Ordnungsruf und rufe Sie nochmals zur Ordnung.) Die

Verbrüderung aller Völker

zu einem Kulturbund im Zeichen des Sozialismus, das müssen die Arbeiter erkämpfen mit der Waffe der Revolution.

Präsident Fehrenbach: Die Aufforderung zur Revolution ist unzulässig. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Die Debatte schließt. Der Gesetzentwurf wird angenommen. Die Resolution Brandys (Pole) wird gegen die Stimmen der Polen, Sozialdemokraten und U. Soz. abgelehnt. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur

Aenderung der Verfassung Elsaß-Lothringens,

wonach auch in Elsaß-Lothringen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre Abgeordnete bleiben können.

Abg. Haegy (Els.): Wir haben stets gefordert: Elsaß den Elsässern. Hinter dem Programm Wilsons steht die vereinigte Macht der gesamten Welt. Selbst wenn die Stimmung in Elsaß für das Deutsche Reich günstig wäre, so wäre das bei der gegenwärtigen Lage ohne Belang. Eine schauderhafte Behandlung hat das Elsaß unter der militärischen Herrschaft Jahrzehnte lang erduldet und während des Krieges ist die Behandlung noch verschärft und verschlimmert worden, wodurch eine Erbitterung entstanden ist, die sich bis zum Himmel erhoben hat. Es würde in Elsaß-Lothringen nicht verstanden worden sein, wenn hier nicht die Erklärung, wie sie Abg. Ricklin abgegeben hat, erfolgt wäre. Natürlich stimmen wir der Vorlage zu, die unseren alten Forderungen entspricht. Aber die Tragweite dieser neuen Reform scheint durch die großen politischen Ereignisse überholt.

Die Vorlage wird hierauf in allen drei Lesungen erledigt und in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 28. Oktober 1918. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Keine größeren Kampfhandlungen. Südlich von Deinze, östlich von Avelgem und bei Artres (südlich der Schelde) wiesen wir feindliche Angriffe ab. Bei Säuberung einzelner Engländernester bei Frmars und Englefontaine machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Uebergangsversuche des Feindes über den Oise-Kanal bei Topigny wurden vereitelt. Zwischen Oise und Serre nahmen wir in vorletzter Nacht in dem vorspringenden Bogen zwischen Origny und La Ferte stehende Truppen in die Linie westlich von Guise — östlich von Crecy an der Serre zurück. Der Feind griff gestern unsere neuen Linien südlich von Guise an; unter Einbuße zahlreicher Panzerwagen wurde er abgewiesen. Am Souche-Abschnitt scheiterten am frühen Morgen erneute Angriffe der Franzosen zwischen Froidmont und Pierrepont. Westlich der Aisne fanden gestern nur örtliche Kämpfe statt. Feindliche Angriffe gegen unsere auf dem Südufer der Aisne, südöstlich von Rethel und bei Rilly stehende Truppen wurden abgewiesen. Auf den Aisne-Höhen östlich von Vouziers nahm der Artilleriekampf am Abend in Verbindung mit erfolglosem Angriff des Gegners östlich von Chestres vorübergehend große Stärke an.

Heeresgruppe Gallwitz: Auf den Höhen östlich der Maas wiesen wir Angriffe der Amerikaner am Mortmare von Consenvoye und Ormont-Walde ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Die eingeleiteten Bewegungen wurden planmäßig weitergeführt. Südlich von Rudnik und Topola erfolgreiche Nachhutenkämpfe. Beiderseits der Morava besteht nur geringe Gefechtsfühlung mit dem Feinde.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

•

Das Ausland über Ludendorff.

Stockholm, 27. Oktober. Ludendorffs Verabschiedung wird von der gesamten hiesigen Presse als ein Wendepunkt in der deutschen Politik kommentiert. Stockholms Dagblad bezeichnet es als unzweifelhaft, daß Ludendorffs Abgang von feindlicher Seite als eine gewonnene große Weltschlacht geschätzt werden dürfte. — Die liberale Stockholms Tidningen begnügt sich mit der Bemerkung, daß Ludendorffs Abgang so recht deutlich das neue Regime in Deutschland markiere. — Dagens Nyheter führt in einem langen Artikel aus, Ludendorff als Politiker habe über Deutschland ein weit größeres Unglück gebracht als er mit seiner genialen militärischen Leitung seinem Vaterlande genützt habe. Ludendorffs Verschwinden beweise, daß Kaiser Wilhelms persönliche Machtstellung zu existieren aufgehört habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181028-16/fragment/page=0002

Aus der Provinz.

Einmachezuckerkarten laufen ab.

Von der Provinzial-Zuckerstelle wird bekanntgemacht: Die Einmachezuckerkarten II über 500 Gramm, sowie sämtliche Marken über Zuckersonderzuweisungen aus Kreisersparnissen verlieren, soweit nicht bereits von den Kommunalverbänden ein früherer Verfalltag festgesetzt war, mit Ablauf des 31. Oktober 1918 ihre Gültigkeit.

Kleinhändler dürfen bei Vermeidung der Bestrafung vom 1. bis 30. November nur Zuckermarken mit dem Aufdruck November und solche über 25 Kilo beliefern.

Verbraucher können verfallene Marken bis zum 10. November der Provinzial-Zuckerstelle zum Umtausch einsenden. Hierbei ist zu begründen, weshalb die Einlösung im Oktober nicht hat stattfinden können.

Merseburg. Ausdehnung eines Industrieunternehmens. Die seit etwa 40 Jahren hier betriebene Merseburger Maschinenfabrik und Eisengießerei B. Herrich u. Ko. ist in den Besitz der Artur Müller Bauten- und Industriewerke, Berlin, übergegangen, um die Fabrikation in verstärktem Maße fortzuführen.

— Milchversorgung. Mager- und Buttermilch wird in der kommenden Woche auf Nr. 8 der Magermilchkarte geliefert. Da größere Mengen Mager- und Buttermilch zur Verfügung stehen, werden bis auf weiteres auf die rotbraunen Vorzugskarten je ¼ Liter verausgabt. Die Ausgabe der Milchkarten für den Monat November erfolgt im alten Rathaus in der Burgstraße: Dienstag, den 29. Oktober, vormittags von 8 bis 1 Uhr, für die Kunden der Verkaufsstelle: Schwalbe, Burgstraße 14, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, für die Kunden der Verkaufsstellen: Müller, Schmidt, Schubert, Burgstraße 16; am Mittwoch, den 30. Okt., vormittags von 8 bis 1 Uhr für die Kunden der Verkaufsstellen: Hoffmann, Uchte, Prall, nachmittags, von 3 bis 6 Uhr, für die Kunden der Verkaufsstellen: Meißner, Maudrich.

— Merkwürdige Aktion. Dem Obstpächter Friedrich P. aus Merseburg war ein amtsärztlicher Strafbefehl zugestellt worden, weil er im Juli 1918 in Abendorf zwölf Körbe mit Kirschen, die für den Kreis Merseburg enteignet waren, unbefugt beiseite geschafft haben sollte, indem er 6 Körbe versteckte und 6 Körbe für sich und Verwandte nach Merseburg geschafft haben sollte. Gegen den Strafbefehl hatte er Einspruch erhoben. Er wurde vom Schöffengericht freigesprochen, da festgestellt wurde, daß die Enteignung der Kirschen seinerzeit nicht zu Recht erfolgt war.

Schkeuditz. Der Milchpreis ist für unsere Stadt und Bad Dürrenberg auf 50 Pf. festgesetzt worden.

Querfurt. Eine Neuordnung der Bezugscheinstellen tritt mit dem 1. November ein, insofern, als zu diesem Zeitpunkte fünf Bezugscheinstellen für den gesamten Kreis Querfurt in den Orten Laucha, Mücheln, Nebra, Querfurt und Wendelstein eingerichtet werden.

Eisleben. Der Ernährungsausschuß zur Kartoffelnot. Den Schluß der letzten Sitzung des Ernährungsausschusses bildete eine sehr lebhafte und eingehende Aussprache über die bereits erwähnte Kartoffelknappheit, ihre Ursachen und Behebung. Bürgermeister Dr. Heipertz legte dar, daß die Frage der Kartoffelversorgung in ein sehr ernstes Stadium getreten ist. Die Hoffnung, daß die Ertrschätzung im Seekreis ein günstigeres Ergebnis haben würde, hat sich nicht erfüllt. Es ist ein Durchschnittsertrag von nur 46½ Zentner je Morgen festgestellt worden, und dadurch ist im Seekreis, der die Stadt wie im Vorjahre beliefern sollte, ein Fehlbetrag entstanden, so daß der Stadtkreis von dieser Seite Lieferung nicht erhält. Der Vorsitzende hatte sich daraufhin schon mit der Provinzial-Kartoffelstelle in Magdeburg in Verbindung gesetzt, wegen Zuweisung von Lieferungen aus anderen Kreisen. Zunächst erhielt der Mansfelder Gebirgskreis Auftrag hierzu, der jedoch wegen Gespannmangels nicht liefern zu können bedauerte. Dann sollte der Kreis Kalbe liefern. Als auch diese Lieferungen nicht eintrafen, wurde Eisleben an den Kreis Querfurt verwiesen. Dieser gab an, seine Ernte zunächst schon abgeliefert zu haben und über weitere Mengen nicht mehr verfügen zu können. Auf ebermalige Vorstellungen in Magdeburg wurde der Kreis Quedlinburg beauftragt, eine allerdings nur kleine Menge Kartoffeln hierher zu senden. Ob dies geschehen wird, ist noch ungewiß. Die Frage, ob der Kreis Sangerhausen nicht helfen könne, ist dahin beantwortet worden, daß dort die Kartoffelernte noch nicht begonnen habe. Das stehe in Widerspruch mit der täglich nachweisbaren Tatsache, daß die Kartoffelausfuhr aus dem Kreise Sangerhausen durch den Schleichhandel in höchster Blüte steht. Da die Vorräte der Stadt erschöpft sind, mußte der Magistrat sich schweren Herzens entschließen, die Wochenmenge für die kommende Woche auf vier Pfund herabzusetzen. Der Vorsitzende hat bei seinen persönlichen, bisher vergeblichen Bemühungen bei der Provinzial-Kartoffelstelle sehr energisch auf das Bedenkliche der Erscheinung hingewiesen, daß eine Stadt der Kartoffelprovinz noch vor Eintritt des Winters ohne Kartoffeln bleibt und unter Betonung der unausbleiblichen Folgen schnelleste Abhilfe gefordert. Er hat hervorgehoben, daß im Hinblick auf die schon jetzt eingetretenen Schwierigkeiten die Aufrechterhaltung der 7-Pfund-Wochenmenge den Winter hindurch wohl als ausgeschlossen gelten könne, und deshalb eine gleichmäßige Herabsetzung der Wochenmenge für das ganze Reichsgebiet gefordert zur Sicherung des Bedarfs der Städte. Leider haben alle Vorstellungen bisher nicht gefruchtet, so daß die Aussichten für Eisleben mit seiner wichtigen kriegsindustriellen Bevölkerung sehr trübe sind, wenn es nicht gelingt, doch noch Abhilfe zu schaffen. Neben Ernteausfall dürfte die Verringerung der Anbaufläche diese unter Umständen verhängnisvolle Kartoffelknappheit herbeigeführt haben, und deshalb müssen die Städte für die Zukunft den schon in den Vorjahren angestrebten Zwangsanbau durchsetzen, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Brot unter allen Umständen gesichert wird.

Der Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes, Herr Hendrich, war der Ansicht, die Ernte sei nicht so schlecht, daß schon jetzt Kartoffelknappheit fühlbar werden dürfe. Kartoffeln seien genügend da, sonst wäre der Schleichhandel in jetzigem Umfange nicht möglich. Die Ablieferungspflichtmenge von 46½ Ztr. je Morgen sei entschieden zu niedrig bemessen; dadurch habe der Schleichhandel großen Umfang angenommen. Auch der Vorsitzende des Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter, Herr Jakobs, war der Ansicht, daß auf dem Lande vielfach Kartoffeln zu Schleichhandelszwecken zurückgehalten würden und dadurch die Knappheit verschuldet sei. Die Erzeuger wollten noch höhere Preise erzielen. Der Vertrauensmann der Gewerkschaften, Genosse Christange, führte aus, daß allein in der Provinz Sachsen 45 000 Morgen Kartoffeln weniger angebaut worden seien als im Vorjahre. Deshalb müßten die Städte unbedingt den Anbauzwang mit eventueller Zwangsbewirtschaftung als Strafe für Zuwiderhandlungen bei der Regierung durchsetzen, und es sei tiefbedauerlich, daß das nicht bereits im Vorjahre erreicht sei. Für Kartoffeln und Brot für das Volk müsse in erster Linie und unbedingt gesorgt werden. Und wenn es in diesem Winter hier an Kartoffeln fehlen sollte, seien die unausbleiblichen Folgen nicht abzusehen. Daß die für die Kartoffelverteilung zuständigen Reichs- und Provinzialstellen unsere Stadt mit der großen, wichtigen, kriegsindustriellen Arbeiterschaft einfach sitzen lasse, sei unverantwortlich. Herr Sanitätsrat Dr. Schröd war der Ansicht, daß die Kartoffeln wohl überall aus der Erde heraus seien. Eine Nachprüfung sei deshalb jetzt möglich und müsse durchgeführt werden. Der Wirtschaftsoffizier des Stellvertretenden Generalkommandos, Herr Leutnant Prinz, teilte mit, daß er seiner vorgesetzten Behörde bereits über die bedenkliche Kartoffelknappheit berichtet habe und auf Grund der heutigen Verhandlungen nochmals schnelle Abhilfe fordern werde. Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in dem

„dringenden Ersuchen an den Magistrat, bei den höheren Reichsstellen nochmals energisch sofortige Abhilfe für Eisleben und die Ermächtigung zur Nachprüfung der Lieferkreise durch hiesige Vertrauensmänner zu fordern. Sollte sich auf Grund der der Reichsstelle vorliegenden Ernteschätzungsziffern ergeben, daß die Vorräte zur Deckung des Gesamtbedarfs bei einer Wochenmenge von 7 Pfund nicht reichen, soll unbedingt auf sofortige, gleichmäßige Herabsetzung der Wochenmenge für das gesamte Reichsgebiet gedrungen werden."

Hierzu wird uns vom Gen. Christange noch geschrieben: Da tatsächlich die Kartoffelernte noch nicht beendet ist, das Endergebnis also noch nicht feststeht, braucht man noch nicht die Hoffnung zu verlieren, daß die 7-Pfund-Ration auch in diesem Wirtschaftsjahr aufrechterhalten werden kann, vorausgesetzt, daß die Menge der gemeldeten Kartoffeln dem Bedarf einigermaßen entspricht. Fest steht aber, daß sich eine große Anzahl Landwirte durch die erzielten Preise für Sämereianbau, Kümmel, Majoran, Hülsenfrüchte haben verleiten lassen, weniger Kartoffeln anzubauen, so daß Befürchtungen in der Kartoffelversorgung wohl berechtigt sind. So sind im Mansfelder Seekreise 1500 Morgen weniger Kartoffeln angebaut, so daß nach dem Durchschnittsergebnis von 46½ Zentner 76 000 Zentner Kartoffeln weniger allein im Seekreise geerntet werden. Die Provinz mit ihren 20 Kreisen hätte also bei gleichen Zahlen 30 000 Morgen weniger bebaut, demnach also mehr als 1½ Millionen Zentner weniger Kartoffelernte in Aussicht.

Da sind Befürchtungen berechtigt, besonders wenn in den Magdeburger Kreisen das Ergebnis noch weniger günstig sich gestalten soll, so daß die Angabe, zirka 45 000 Morgen Anbau an Kartoffeln weniger einigermaßen zutreffen dürfte. Es wird erwartet, daß der Ausgleich in allermächste Zeit zugunsten der Stadt geschieht, da Mängel in der Organisation vorderhand immer zuzutreffen scheinen.

— Neuer Waisenrat. An Stelle des Kohlenhändlers Weber, der sein Amt als Waisenrat niedergelegt hat, ist der Oberrealschullehrer Herr Albert Junker, Hesselstraße 24, zum Waisenrat für den 1. Bezirk des Petrioviertels gewählt worden. Der Bezirk umfaßt folgende Straßen: Grabenstraße 1—20, Klippe 1—31, Rammtorstraße 1—52, Rammberg, Kleine Rammtorstraße.

Klostermansfeld. Lebensmittel. Den Kaufleuten sind folgende Waren überwiesen: Erbsen oder Bohnen pro Kopf der Bevölkerung 200 Gramm, Graupen pro Kopf der Bevölkerung 200 Gramm, Kunsthonig pro Kopf der Bevölkerung 500 Gramm, Kindergerstenmehl. Es wird darauf hingewiesen, daß pro Kopf der Bevölkerung in dem mit dem 7. Oktober beginnenden, mit dem 3. November 1918 endenden Zeitraum ausgegeben werden: in der ersten und dritten Woche etwa 100 Gramm Gerstenfabrikate, in der zweiten und vierten Woche etwa 100 Gramm Erbsen oder Bohnen. Außerdem ist für die Kinderernährung Grieß ausgegeben worden. Für jedes Kind bis zu 3 Jahren 1½ Pfund; erhältlich für Kinder unter einem Jahr bei Römmermann, von 1—2 Jahren bei Rennow, von 2—3 Jahren bei C. Franz.

Sangerhausen. Ueberfüllte Friedensversammlung. Welches Interesse die Arbeiterschaft und das Bürgertum von Sangerhausen den politischen Verhältnissen entgegenbringt, bewies die Volksversammlung, die am Freitag in der Schweizerhütte tagte. War die Versammlung in der Woche vorher verboten, und glaubte die Verwaltung, dadurch die Bevölkerung in ihrer Friedenssehnsucht beeinflussen zu können, so zeigte der starke Besuch der Versammlung, daß die Behörde sich geirrt. Schon zeitig begann der Zustrom zur Versammlung. Als um 8 Uhr die Versammlung eröffnet wurde, waren Saal und Galerien des geräumigen Saales dicht besetzt, und immer mehr Menschen erschienen, so daß auch die Vorräume zum Teil mit besetzt waren. Der Redner, Genosse Hildebrandt, behandelte die Friedensfrage in eingehender Weise, ebenso die Kriegspolitik der Regierungssozialisten und die Forderungen der Unabhängige Sozialdemokratie. Mit der Aufforderung, deren Bestrebungen für den Frieden kräftig zu unterstützen, schloß Redner unter starkem Beifall der Versammelten. Eine Debatte fand nicht statt. Der Vorsitzende wies hin auf die Notwendigkeit der politischen Organisation und besonders auf unsere Presse, das Volksblatt. Im Schlußwort erinnerte Genosse Hildebrandt daran, daß der Vertreter des Kreises, Herr Hirsch, gestorben sei, daß sich dadurch Wahlen zum Landtag und Reichstag notwendig machten und daß es Pflicht aller auf dem Boden der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei stehenden Arbeiter sei, die Parteileitung im kommenden Wahlkampfe kräftig zu unterstützen. Mit einem Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratie fand die Friedensdemonstration ihr Ende, nachdem noch eine Friedensresolution einstimmige Annahme gefunden hatte.

— Fleischkarten-Ausgabe. Die Fleischkarten für die nächsten vier Wochen werden am Montag, den 28. und Dienstag, den 29. Oktober, im Sitzungssaale des Rathauses ausgegeben, und zwar Montag nachmittag von 3 bis 6 Uhr die Nummern 1 bis 1200, Dienstag vormittag von 8 bis 1 Uhr die Nummern 1201 bis 2400, nachmittags von 3 bis 6 Uhr die Nummern 2401 bis 3554.

Ariern. Fortbildungsschule. Zu Mitgliedern des Kuratoriums der gewerblichen Fortbildungsschule wurden von den Stadtverordneten die Stadtv. Fister und Möbius, Schlossermeister Burghardt und Fleischermeister Unkrodt, zur kaufmännischen Fortbildungsschule die Stadtv. Büchner und Schröder sowie den Kaufmann Rensch und Fabrikbesitzer Karl Weber auf drei Jahre neu- bzw. wiedergewählt.

Delitzsch. Erhöhung der Unterstützung für Kriegerfamilien. Der Kreisausschuß macht bekannt: Wir haben die bisher gewährten Familienunterstützungen vom 1. November 1918 ab um 5 Mark monatlich für jeden Unterstützten erhöht. Die Gemeindebehörden weisen wir an, diese Beiträge in den Empfangsbescheinigungen zuzusetzen und die Unterstützungen wie seither am 1. und 16. jeden Monats pünktlich auszuzahlen.

Eisenburg. Kohlenversorgung. Auf alle ausgegebenen Kohlenkarten können Kohlen bis zu Nr. 80 geliefert und entnommen werden.

Briefkasten der Redaktion.

F. G. B. Der Bruder müßte gegen die Pfändung des Geldes Einspruch erheben. Der Gendarm hatte ohne Auftrag überhaupt kein Recht, das Geld mitzunehmen. Führen Sie Beschwerde.

J. H. in P. Die Berufsgenossenschaft ist nur verpflichtet, einen Feuerungszuschlag zur Unfallrente zu zahlen, wenn dieselbe 66⅔ Prozent und mehr beträgt. Für die Zeit der Krankenhauspflegung wird der Zuschuß an die Familie nicht gezahlt.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftsleben, Feuilleton und Allerlei Karl Boch; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Kilian; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., schmidtstr. 12 Halle.

Staatssekretär des Reichsmarineamtes von Mann über die Kriegsanleihe:

Vertrauen zur Kriegsanleihe ist Vertrauen zum Vaterland. *1480

Reichsm. Mann

Eine Geschichte von zwei Städten.

64] Von Charles Dickens.

Der Mann schlief fort, gleichgültig gegen Hagelschauer und schönes Wetter dazwischen, gegen Sonnenschein auf sein Gesicht und Schatten, gegen die ihn schlagenden Klümpchen von trübem Eis und gegen die Diamanten, in welche die Sonne sich verwandelte, bis die Sonne tief im Westen stand und der Himmel glühte. Nun nahm der Straßenarbeiter sein Arbeitszeug zusammen, um in das Dorf hinunter zu gehen und weckte den andern.

„Gut!" sagte der Wanderer und lehnte sich auf seinem Ellbogen in die Höhe. „Zwei Stunden jenseit des Kommes jenes Hügels?"

„Ungefähr."

„Ungefähr. Gut!"

Der Straßenarbeiter ging nach Hause, begleitet von dem Staube vor oder hinter ihm, je nachdem der Wind sich wendete und war bald an dem Brunnen, wo er sich unter die magern Kühe mischte, die dorthin zum Tränken gebracht wurden und denen er sogar mit zuzuflüstern schien, während er dem ganzen Dorf halblaut erzählte. Als das Dorf sein kärgliches Abendmahl genossen hatte, schlich es sich nicht zu Bett wie gewöhnlich, sondern trat wieder vor die Tür und blieb dort. Das Flüstern breitete auf eine merkwürdige Weise an, und als das Dorf nach Dunkelwerden sich um den Brunnen versammelte, zeigte es sich auch seltsam angesteckt von der Leidenschaft, nur nach einer Richtung erwartungsvoll an den Himmel zu blicken. Mr. Gabelle, Hauptbeamter des Ortes, wurde unruhig, trat allein hinaus auf sein Hausdach und blickte nur nach dieser einen Richtung, betrachtete hinter den Schornsteinen hervor die finster werdenden Gesichter unten am Brunnen und ließ dem Küster, der die Kirchenschlüssel in Verwahrung hatte, sagen: dürfte bald vielleicht Veranlassung kommen, die Sturmglocke zu läuten.

Die Nacht wurde dunkler. Die Bäume und das alte Chateau, die es von der gemeinen Welt abgeschlossen, rauschten in einem sich erhebenden Winde, als ob sie den schweren dunkeln Steinmassen drohten. Der Regen lief ungestüm die steinernen Stufen der breiten Treppenflüchten hinauf und schlug an die große Pforte wie ein schneller Bote, der die darinnen wecken will; einzelne Windstöße fuhren durch die Halle unter den alten Jagdspießen und Messern herum und eilten klagend die Treppen hinauf und schüttelten die Vorhänge des Bettes, in welchem der verstorbene Marquis geschlafen hatte. Von Osten, Westen, Norden und Süden, durch die Wälder kamen vier schwer einherschreitende ungefügige Gestalten, das hohe Gras niedertretend und durch die Zweige brechend und traten vorsichtig in den Hof, wo sie sich begegneten. Vier Lichter zeigten sich dort plötzlich und bewegten sich in verschiedenen Richtungen fort und alles war wieder finster.

Aber nicht lange. Gleich darauf fing das Chateau in seltsamer Weise an bei seinem eigenen Schimmer sichtbar zu werden, als ob es leuchtend würde. Dann spielte ein züngelndes Flämmchen hinter der Vordermauer, suchte sich durchsichtige Stellen aus und zeigte sich, wo Balustraden, Bogen und Fenster waren. Dann loderte es empor und wurde breiter und heller. Bald brachen die Flammen aus einem Dutzend der großen Fenster hervor und die aus starrem Schlaf erweckten steinernen Gesichter stierten aus Feuersglut heraus.

Stimmen wurden um das Haus laut von den wenigen Leuten, die dort geblieben waren, und ein Pferd wurde gesattelt, auf dem ein Reiter in die Nacht hinaussprengte. Er ritt in wilder Hast durch die Finsternis und machte erst Halt am Brunnen im Dorfe und das schaumbedeckte Roß stand vor Mr. Gabelles Tür. „Hilfe, Gabelle! Hilfe, Hilfe!" Ungeduldig läutete die Sturmglocke; aber andere Hilfe (wenn das eine war) gab es nicht. Der Straßenarbeiter und zweihundertundfünfzig vertraute Freunde von ihm standen mit übereinander geschlagenen Armen am Brunnen und sahen sich die Feuersäule am Himmel an. „Das muß vierzig Fuß hoch sein," sagten sie mit ingrimmigem Frohlocken, und keiner bewegte nur einen Finger.

Der Reiter vom Chateau und das schaumbespritzte Roß sprengten weiter durch das Dorf und den steilgen Abhang hinan zu dem Gefängnis auf der Klippe. An dem Tore stand eine Gruppe von Offizieren und sah dem Feuer zu, abseits von ihnen eine Gruppe von Soldaten. „Hilfe, ihr Herren Offiziere! das Chateau brennt; wertvolle Gegenstände können noch durch rechtzeitige Hilfe gerettet werden. Hilfe! Hilfe!"

Die Offiziere blickten hin nach den Soldaten, welche dem Feuer zusahen, erteilten keine Befehle und gaben achselzuckend und sich ärgerlich in die Lippen beißend zur Antwort: „Es muß brennen!"

Wie der Reiter hinaus durch das Dorf und durch die Straße sprengte, illuminierte man im Dorfe. Der Straßenarbeiter und die zweihundertundfünfzig vertrauten Freunde faßten den Gedanken, zu illuminieren, wie ein Mann, liefen in alle Häuser hinein und stellten Lichter hinter jede trübe Fensterscheibe. Der allgemeine Mangel an allem verursachte, daß man in einer etwas gebieterischen Weise Lichter von Mr. Gabelle borgte; und als dieser Beamte einen kurzen Augenblick sich widerwillig und säumig zeigte, bemerkte der Straßenarbeiter, sonst so ehrerbietig gegen jede Autorität, daß Kutschen gut wären, um Freudenfeuer anzuzünden und Postpferde gebraten werden könnten.

Das Chateau blieb sich selbst überlassen und brannte fort. Ein glühender Wind, geradeswegs aus den höllischen Regionen kommend, fuhr in die wilde Lohe hinein und schien das Gebäude wegzublasen. In dem Aufsodern und Niedergesen der Glut sahen die steinernen Gesichter aus, als verzögen sie sich vor Schmerz. Wie große Massen von Stein und Balken niederstürzten, verdunkelte Qualm das Gesicht mit den beiden Grübchen; dann trat es wieder aus dem Rauch hervor, als wäre es das Gesicht des hartherzigen Marquis, der auf dem Scheiterhaufen brannte und mit den Flammen kämpfte.

Das Schloß brannte; die nächsten Bäume, von den Flammen ergriffen, wurden versengt und schrumpften zusammen; fernestehende Bäume, von den vier wilden Gestalten angezündet, umgaben den brennenden Bau mit einem neuen Wald von Rauch. Geschmolzenes Blei und Eisen kochte in dem Marmorbecken des Brunnens; das Wasser verdunstete, die Löschhornbläser der Zisterne verschwanden wie Eis in der Glut, und rannen in vier gezackten Flammenbächen an der Wand herunter. Große Risse und Spalten schossen in den festen Mauern ihre Zweige nach allen Richtungen, wie eben entstandene Kristallisationen; betäubte Vögel flatterten herum und stürzten in die Glut; vier wilde Gestalten wanderten weiter nach Osten, nach Westen, nach Norden und nach Süden die rauchumhüllten Straßen entlang, geleitet von der Flamme, die sie angezündet, ihrem nächsten Ziele zu. Das erleuchtete Dorf hatte sich der Sturmglocke bemächtigt und läutete nach Befeitigung des rechtmäßigen Türmers vor Freuden.

Nicht nur das, sondern das Dorf, durch Hunger, durch das Feuer und Glockengeläute einigermaßen verwirrt geworden, besann sich auf einmal, daß Mr. Gabelle mit der Einsammlung von Pachtgeldern und Steuern zu tun hatte — obgleich Gabelle in der neuesten Zeit selbst sehr kleine Abzahlungen von Steuern und Pachtgeldern gar nicht bekommen hatte — und verlangte ungeduldig mit ihm zu sprechen. Als Mr. Gabelle den wilden brüllenden Haufen sah, der sich vor seinem Hause versammelt hatte, verriegelte er seine Türe fest und zog sich zurück, um bei sich Rat zu halten. Das Ergebnis dieser Konferenz war, daß Gabelle sich abermals auf das Dach hinter den Schornstein zurückzog, diesmal entschlossen, wenn man seine Tür aufbräche (er war ein kleiner Mann aus dem Süden von nachfüchtigem Temperament) sich sofortder hinunter zu stürzen und so ein oder zwei Mann totzuschlagen. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181028-16/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.

Täglich 7½ Uhr: 2485

Schwarzwaldmädel.

Kasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr.

Achtung! Achtung!

Konzerthaus Oberpollinger.

Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Ab heute:

Gr. Oktoberfest nach Münchener Art.

2 Kapellen, 6 Damen, 3 Herren.

(Damentrompeterchor Lyra, sowie die Hauskapelle).

Z. Bayrisch-Bier! 2155 Wochentags Eintritt frei!

Es ladet ergebenst ein Frau Elsa Beth.

Konsum- u. Spargenossenschaft f. d. Industrie-bezirk Bitterfeld. (Sitz Holzweißig.)

E. G. m. b. H. E. G. m. b. H.

Sonntag, den 3. November, nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Bernh. Sonntag in Holzweißig:

Ordentl. General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1917/18, Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über die Verteilung der Ersparnisse.
3. Anträge der Verwaltung:
   a) Erhöhung des Geschäftsanteils.
   b) Aenderung des § 33 des Statuts.
   c) Ergänzung des § 31, Abs. 2, des Statuts.
4. Anträge der Mitglieder nach § 14 d. Statuts.
5. Genossenschaftliches.

Anträge müssen mindestens 5 Tage vor Abhaltung der General-Versammlung in den Händen des Unterzeichneten sein.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung zufolge erwartet eine zahlreiche Beteiligung *1481

Der Aufsichtsrat. J. A.: Otto Griethe, Vorsitzender.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule

am Dienstag den 29. Oktober 1918. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1 bis 1500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 1501 bis 4000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für die Person eines Haushalts wird ein Ei zum Preise von 42 Pf. abgegeben. Da die Eier konserviert sind (Kühlhauseier), eignen sie sich nicht zum Kochen in der Schale.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld, vor allem Kupfergeld, ist bereitzuhalten.

Umtausch der Eier innerhalb drei Tagen.

Halle, den 28. Oktober 1918. Der Magistrat.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Dienstag, den 29. Oktober 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 9301 bis 10300 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 10301—12000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 15 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 28. Oktober 1918. Der Magistrat.

Anmeldung der dauernd Kriegsunbrauchbaren zur Landsturmrolle.

Behufs Nachmusterung haben sich die dauernd Kriegsunbrauchbaren zur Landsturmrolle anzumelden.

Für die Anmeldung ist es ohne Belang, ob die Militärpapiere mit dem Vermerk „nicht mehr zu kontrollieren" versehen sind oder nicht.

Der Anmeldung unterliegen auch diejenigen D.-U.-Mannschaften, die bisher von den D.-U.-Musterungen z. B. bestimmter körperlicher Fehler und Gebrechen pp. befreit waren.

Von der Anmeldung werden nicht betroffen: die Wehrpflichtigen, welche kriegsbrauchbar (das heißt k. v., a. v. oder a. v.) sind und die Wehrpflichtigen mit der Entscheidung zeitig kriegsunbrauchbar.

Die unausgebildeten Mannschaften haben sich, soweit dies noch nicht geschehen ist, im Stadthaus, Eingang Schweerstraße Nr. 1 II Zimmer 18 unter Vorlegung ihrer Militärpapiere zu melden, und zwar:

Jahrgänge 1870—1872 am 31. Oktober		
„ 1873—1875 am 1. November		von
„ 1876—1878 am 2. November		8—12½ Uhr
„ 1879—1882 am 4. November		vormittags
„ 1883—1887 am 5. November		
„ 1888—1893 am 6. November		
„ 1894—1900 am 7. November		

Die ausgebildeten Mannschaften — die vor dem Kriege ein Jahr und länger (als Einjährig-Freiwillige mindestens 9 Monate) gedient haben — sowie die kriegsunbrauchbaren Ersatz-Reservisten und die Landsturmpflichtigen, welche während des Krieges schon eingezogen waren, haben sich umgehend bis spätestens 31. Oktober 1918 beim Bezirkskommando Halle, Dessauerstraße 69, in der Zeit von 9—1 Uhr unter Vorlegung ihrer Militärpapiere anzumelden.

Die Anmeldung kann auch schriftlich unter Einsendung der Militärpapiere erfolgen.

Kriegsrentenempfänger aus dem gegenwärtigen Feldzuge kommen für die Anmeldung nicht in Frage.

Unterlassung der Anmeldung wird nach den Militärstrafgesetzen bestraft.

Halle, den 25. Oktober 1918.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission Halle (Stadtkr.). *1487

Alte Promenade 11a — **U.T** — Leipzigerstraße 88

Fernruf 5736. Fernruf 1224. 2486

Erstaufführung

Joe Deebs

spannendes Detektiv-Abenteuer:

Das rollende Hotel

— in 4 Akten. —

Vorführung: 4.30 6.50 9.20.

Erst das Geschäft, dann das Vergnügen

Humorvolles Lustspiel in 3 Akten mit

Arnold Rieck.

Vorführung: 4.00 6.10 8.30.

Die Augen der Mumie Mâ

Großes Drama in 4 Akten mit

Pola Negri.

Vorführung: 5.00 7.10 9.40.

Die blonden Mädels vom Lindenhof

Filmschwank in 3 Akten.

Nach dem gleichnamig. Bühnenschwank von G. Okonkowski.

Hauptdarsteller:

Melita Petri, Conrad Dreher, Leo Peukert.

Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

Die neuesten Kriegsberichte.

Beginn 4 Uhr.

Rautabak Tabl.

hergest. aus Tabak, 100 Rollen inkl. Verpackung *1417 Mk. 51.25.

Tabakhandlung Max Peters, Husum (Schleswig).

Zu verk. Bettstelle m. M., Handkörbe, Trauerhüte u. Kartons, Sprunck, Hohenzollernstrasse 7 II. 2480

Große u. kleine **Hut-Schachteln** zu verkaufen. Graseweg 8, lit. p. 2472

Wir verwandeln

sauber gewaschene, geplättete u. gestärkte **Herrenwäsche** nach neuem Verfahren in kalt abwaschbare

:: **Dauer-Wäsche** ::

überraschend an Aussehen und Haltbarkeit. 2129

Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts, Ecke Sternstr.

Geige kauft Mau, Torstr. 10. 2245

Arbeitsmarkt.

Maurer, Zimmerleute Arbeiter

für kriegswichtige Bauten werden eingestellt.

Arbeitsnachweis f. d. Baugewerbe-Verb. zu Halle Martinsberg 9. *1484

---

200 Bahnarbeiter und -Arbeiterinnen

für Rangierbahnhof Halle sofort gesucht. Zu melden: Baubureau Schulstr. 7. 2242

Wilhelm Haeyn, G. m. b. H.

Maurer, Zimmerleute, Arbeiter u. Frauen

*1486 stellt ein

Otto Grote, Baugeschäft, Albrechtstr. 28.

Erfahrene

Eisendreher, Eisenhobler u. Masch.-Schloss.

für dringenden Heeresbedarf stellen ein 2154

Lange & Gellen, Maschinenfabrik, Raffineriestr. 43.

Ein kräftiges u. sauberes, nicht zu junges *1479

Dienstmädchen

aufs Land für sofort sucht

Wilh. Hoech, „Zum Schwan", Löbejün.

Aelteren zuverlässigen

Geschirrführer

*1480 stellt ein

Hilmar Kaufmann, Spediteur, Magdeburgerstr. 57.

Als lernende Verkäuferinnen

können gewandte junge Mädchen unter günstigen Bedingungen bei uns eintreten.

2482 **Geschw. Loewendahl.**

Verkauf von Quark.

Am Dienstag den 29. Okt. 1918 erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 3 des Einkaufsscheines über Molkerei-Erzeugnisse bei dem Molkereibesitzer John, Große Gosenstraße 17, und bei dem Milchhändler Schönherr, Grünstraße 12.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber von Einkaufsscheinen über Molkereierzeugnisse, welche in den vorgenannten Stellen zur Kundenliste angemeldet sind.

Auf den obendezeichneten Abschnitt wird ¼ Pfund Quark abgegeben, der Preis hierfür beträgt von heute ab 42 Pfg.

Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt II am 1. November abzuliefern.

Halle, 28. Oktober 1918. Der Magistrat.

Fahrplanänderung.

Vom 27. Oktober d. J. ab fallen wegen Personalmangels infolge Grippeerkrankungen folgende Züge bis auf weiteres aus:

D 105 Kassel—Halle (ab 2⁴⁸) — Sagan (an 7¹⁰),
D 105 Sagan (ab 8⁴⁰) — Halle (ab 1²⁷) — Kassel,
D 189 Leipzig (ab 3⁰⁰) — Eilenburg (an 3⁴⁷) und
D 190 Eilenburg (ab 12⁵⁰) — Leipzig (an 1⁴¹).

Halle (Saale), im Oktober 1918.

*1487 Königliches Eisenbahn-Verkehrsamt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Halle.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 23. Oktober unser langjähriges Verbandsmitglied, der Maurer 2181

Wilhelm Marquardt

in Ammendorf nach kurzer Krankheitsdauer im Alter von 51 Jahren verstorben ist. 2484

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend früh 8 Uhr starb im Alter von 8 Jahren unser heißgeliebt. Sohn, Enkel und Urenkel 2483

Robert

an den Folgen der Grippe.

In tiefem Schmerz:

Famil. Robert Klaus

Großeltern und Urgroßmutter.

Crotha, 26. Okt. 1918.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus.

Apollo-Theater

Gastspiel Kurt Olfers Operettengesellschaft

½8! Nur noch 4 Aufführungen ½8!

des Operettenschlagers:

Eine Frau wie Du!

Operette in 3 Akten von Dr. Decker und E. Schoch.

Musik von Hermann Krome. 2179

Am Dirigentenpult: Der Komponist.

In den Hauptrollen: **Meta Heim** und **Hans Forstner.**

Vorverkauf 9—1 u. 5—½7. Sonntags ununterbrochen.

Von Mittwoch mittag an steht ein großer Transport extra grosse **Futterschweine und schöne starke Ferkel** billig zum Verkauf. **Gebr. Kohlberg, Halle a. d. S.** Telephon 6842. Ranstädterstr. 19. 2478 Gasthof zur Goldenen Rose.

Verlangen

Sie überall **das gute** 2225 **Scheffelbrot.**

Stadttheater.

Dienstag, d. 29. Oktober: Anfg. 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Fidelio.

Oper von Beethoven. 2176

Mittwoch: Familie Schimek.

Die Sünden des **Bolschewismus.** Von einem Bolschewik. Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** Halle, Harz 42-44.

:: **Ansichts-Postkarten** :: empfiehlt Die Volksbuchhandlung

---

Favorit-Moden-Album. Herbst u. Winter 1918/19. Preis 1 Mk. Porto 15 Pf.

Jugend-Moden-Album und **Wäsche-Buch 1918.** Preis 1 Mk. Porto 15 Pf.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle, Harz 42 44.

Familien-Nachrichten.

O Schicksal, wie bist du so hart!

Ganz plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieferschütternde, schmerzliche Nachricht, daß mein lieber, guter Mann, der treusorgende Vater seiner Kinder, Sohn, Bruder, Schwiegersohn u. Schwager, der Vizefeldwebel

Karl Wolf,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und der hessischen Tapferkeitsmedaille, im Alter von 27 Jahren am 8. Okt. dem schrecklichen Weltkriege im Westen zum Opfer gefallen ist.

In tiefem Schmerz:

Frau Martha Wolf geb. Raue, nebst Söhnen, **Familie Wolf** als Eltern und Geschwister, **Karl Raue** als Schwiegervater, in Dieskau, nebst allen Angehörigen.

Raßnitz, den 26. Oktober 1918.

Er ging dahin, den meine Seele liebte, — Mein treuer Gatte, meines Lebens Glück, — Er ging dahin, der nie mein Herz betrübte — Und ließ mich einsam, schwergeprüft zurück. — Ich hab' ein schönes, kurzes Glück besessen, — Nun schlummert es auf ewig unvergessen. — Doch schmerzt es mich so tief, es kümmert mich so sehr, — Meine Kinder haben keinen Vater mehr. — Nun ruhe sanft, geliebtes Herz, — Dir der Friede, uns der Schmerz. *1482

Ruhe sanft, geliebter Vater, in fremder, kühler Erde!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau,

Frieda Prüfer,

sagen wir allen, die ihr das letzte Geleit gaben und ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichen Dank. Besonders Dank Herrn Pfarrer Wahn für seine trostreichen Worte, sowie Herrn Lehrer Vogel und der Schuljugend für den schönen Gesang. *1483

Raßnitz, den 25. Oktober 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte, **Franz Prüfer.**

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben, unvergeßlichen Mannes, des Gußputzers

Hermann Schneller,

sage ich allen lieben Verwandten und Bekannten, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, meinen herzlichsten Dank. Dank dem Genossen Mendorf für seine trostreichen Worte am Grabe. Ferner Dank der Firma Wegelin & Hübner, den Angestellten und Arbeitskollegen im Pressenbau, und den Stammtischbrüdern des „Stammtischlämpchens".

Halle, den 28. Oktober 1918. 2481

Die schwergeprüfte Gattin:

Frau Anna Schneller.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181028-16/fragment/page=0004

Konfliktsstimmung im Reichstage.

198. Sitzung. Freitag, den 25. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Payer, Erzberger, Trimborn.

Kleine Anfragen.

Abg. Meier-Zwickau (Soz.) fragt wegen einer wirtschaftlichen Besserstellung der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner, die bei der gegenwärtigen Teuerung in besonders schlimmer Lage sind.

Ein Regierungsvertreter: Ueber diesen Gegenstand schweben Verhandlungen.

Abg. Haase (U. Soz.) führt Beschwerde über das Verbot einer Frauenversammlung am 11. Oktober 1918.

Unterstaatssekretär Lewald: Es werden demnächst neue Bestimmungen über die Zulassung von Versammlungen ergehen. Einstweilen sind die Behörden angewiesen, nur dann einzugreifen, wenn dringende Gefahr für die Sicherheit des Reiches vorliegt.

Abg. Haase (U. Soz.) beschwert sich über die Auflösung einer Wählerversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten im ersten Berliner Wahlkreis.

Unterstaatssekretär Lewald: Der Reichskanzler ist in Uebereinstimmung mit dem preußischen Minister des Innern der Ansicht, daß die Auflösung der Versammlung zu Unrecht erfolgt ist.

Abg. Davidsohn (Soz.) führt Beschwerde, daß im Kreise Bomhst und anderen Kreisen die den Kriegsbeschädigten vom 1. Juli 1918 an gewährten Zusatzgrenzen noch immer nicht ausgezahlt werden.

General Wriesberg: Die Verzögerung der Auszahlung wird von der Heeresverwaltung sehr bedauert. Es sind bereits Maßnahmen getroffen, diesen Uebelstand zu beseitigen und diese Maßnahmen haben auch bereits eine Wirkung gezeitigt.

Abg. Hoch (Soz.) wünscht, daß in den Gemeinden, wo Grippe herrscht, schneller und besser für die Herbeischaffung der für den Krankheitszustand erforderlichen Lebensmittel, z. B. Haferflocken gesorgt wird.

Ein Regierungsvertreter bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Held (Natl.) bittet um bessere Versorgung der Bevölkerung mit Sohlleder, das in den Gerbereien in großen Mengen vorhanden sei.

Ein Regierungsvertreter: In der letzten Zeit ist die Zivilbevölkerung besser versorgt worden wie früher, die Schuhmacher erhalten das Drei- bis Vierfache.

Abg. Ledebour (U. Soz.) beschwert sich über die militärischen Eingriffe, die dem deutschen Metallarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, die Abhaltung einer Generalversammlung unmöglich gemacht haben und fragt, ob der Reichskanzler dem Metallarbeiterverband die Generalversammlung ermöglichen werde.

General Wriesberg: Diese Frage wird geprüft werden, sobald ein Antrag auf Zulassung dieser Generalversammlung gestellt werden wird.

Abg. Ledebour (U. Soz.) (zur Ergänzung): Ist dem Reichskanzler nicht klar geworden, daß die Stellung der Anfrage für die Militärverwaltung ein hinreichendes Aequivalent eines Antrages auf Abhaltung einer Generalversammlung ist?

Präsident Fehrenbach: Ob dem Herrn Reichskanzler etwas klar geworden ist, ist nicht Gegenstand einer Anfrage. (Hkt.)

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betreffend

die Abändrung der Reichsverfassung

und betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers.

Präsident Fehrenbach: Der Aeltestenrat hat in seiner Mehrheit sich dahin ausgesprochen, daß es nicht angängig sein soll, bei dieser Debatte die neueste Note des Präsidenten Wilson zur Besprechung zu bringen. (Hört, hört! rechts.) Erstens aus dem formalen Grunde, weil die Generaldiskussion in der dritten Lesung keinen weiteren Umfang annehmen darf als bei der ersten Lesung, und bei dieser lag die Note bekanntlich noch nicht vor, und zweitens aus dem Grunde, weil der amtliche Text der Note noch nicht dem Auswärtigen Amt übergeben ist. Ich bitte die Herren sich danach zu richten.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Meine Freunde können sich mit dieser Entscheidung nicht einverstanden erklären. Wir sind nicht der Meinung, daß es über den Rahmen der bisher geführten Debatten hinausgehen würde, wenn jetzt auch die neue Willsonnote besprochen würde. Wir haben bisher debattiert über

die Aktion der Friedensangebote

und alles was damit zusammenhängt, vor allem darüber, daß unsere Bevölkerung gewappnet sein muß, unter Umständen zum letzten Kampf um sein Dasein und seine Ehre. Es kann nicht weiter darüber gesprochen werden, ohne daß das inzwischen eingetretene entscheidende Ereignis der Antwort Wilsons dabei herangezogen wird. (Sehr wahr! rechts.) Dies Ereignis entscheidet über das Schicksal von jedem von uns einzelnen, über das Schicksal des deutschen Volkes, und da empfinden es meine Freunde und ich als Gewissenspflicht, unsere Stimme zu erheben. (Bravo! rechts.) Ich bitte auch zu erwägen, daß meinen Freunden nicht der Weg offen steht, die maßgebenden Stellen zu beeinflussen, wie das bei den anderen Parteien vermöge der ihnen angehörigen Staatssekretäre der Fall ist. Auch der zweite Grund erscheint uns nicht durchschlagend. Reuter hat den englischen Text herausgegeben, und eine amtliche Uebersetzung ist durch das W. T. B., also mit Zustimmung der Regierung, der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Es kann von den verhängnisvollsten Folgen sein, wenn die Wirkung ist, daß der Wille und Entschluß zum letzten Kampf im Volke erstickt wird. Das Volk lechzt danach, daß von der Tribüne des Hauses aus das Wort zu diesem Text gesprochen werde, das wir uns vorstellen. Auch das Heer kann nicht 24 oder 48 Stunden darauf warten, daß ihm Aufklärung darüber gegeben wird, ob hier eine Kapitulation unseres tapferen Heeres gefordert wird. (Sehr richtig! rechts.) Auch das Ausland muß wissen, was das deutsche Volk über diese Dinge denkt, daß es im deutschen Volk noch Männer gibt, die nicht glauben . . . (Präsident Fehrenbach: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.) Herr Präsident, bei der Uebernahme des Präsidiums, haben Sie gesagt, daß die Tribüne dieses Hauses eine Stätte des freien Wortes sein soll. Wir bitten dringend, uns das freie Wort nicht zu beschränken.

Präsident Fehrenbach: Ich bitte mir den Fall zu nennen, wo ich dem bei Uebernahme meines Amtes ausgesprochenen Gedanken untreu geworden bin. (Zuruf rechts: Jetzt!) Die Geschäftsordnung bleibt aufrechterhalten. Das war keine Bemerkung mehr im Rahmen der Geschäftsordnung, und wenn ich das zurückweise, so beschränke ich nicht das freie Wort, dies größte Palladium. (Sehr wahr!)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Auch wir halten es für ganz unvermeidlich über die jüngste Note Wilsons heute zu sprechen. Unsere Gründe liegen aber auf anderem Gebiete, als sie Graf Westarp vorgetragen hat. Seine Fraktion hat bereits eine Interpretation des bisher publizierten Textes herausgehen lassen, die sich nicht mit einer gewissenhaften Prüfung des Textes verträgt. Danach soll Wilson die Beseitigung der Heerführer gefordert haben. (Präsident Fehrenbach: Auch das gehört nicht zur Geschäftsordnung.) Um so mehr ist es notwendig, in eine sachliche Debatte einzutreten, um die unerhörten Ausführungen, die Graf Westarp im Rahmen der Geschäftsordnung gemacht hat, zurückweisen zu können.

Das Volk lechzt nach etwas ganz anderem, als sich nutzlos und sinnlos noch weiter zur Schlachtbank führen zu lassen. (Präsident Fehrenbach: Das gehört nicht in den Rahmen der Geschäftsordnung!)

Abg. Fischbeck (Vpt.): Ich bitte, es bei der Entscheidung des Aeltesten-Ausschusses zu belassen. Graf Westarp hat genau wie jeder andere Abgeordnete die Möglichkeit, mündlich und schriftlich seine Ratschläge der Regierung zukommen zu lassen, die sie gewiß ernsthaft prüfen wird. Die Gewissenspflicht empfindet jeder einzelne von uns genau so wie Graf Westarp. Wir lassen uns von ihm nicht übertreffen in den ernsten Erwägungen, die unser Herz beseelt, und der bangen Sorge für unser deutsches Vaterland. Wir halten es aber in dieser Stunde für richtig, ruhig unter Erwägung aller Umstände das zu bedenken, was zu geschehen hat, und halten es nicht für angebracht, die Dinge in der Weise agitatorisch auf die Tribüne des Reichstags zu bringen, wie Graf Westarp. (Gr. Unruhe rechts.)

Graf Westarp (Kons.): Ich muß mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren, wenn der Abg. Fischbeck sich erlaubt hat, einen solchen Vorwurf gegen uns zu erheben. (Bravo! rechts.) Der Mann hat keine Ahnung, wie heute ein Patriot über diese Dinge denkt. (Bravo! rechts. Gr. Unruhe links.)

Präsident Fehrenbach rügt die letzte Bemerkung. (Abg. v. Gräfe (Kons.): Die Aeußerung des Abg. Fischbeck hätten Sie zurückweisen müssen.) Die Handhabung der Ordnung dieses Hauses hat der Präsident. Der Zwischenruf des Herrn v. Gräfe war im höchsten Maße ungehörig. (Bravo! links.)

Abg. Ebert (Soz.): Wir schließen uns dem Vorschlag des Präsidenten an. Wir hätten selbst das Bedürfnis, schon in dieser Stunden über die Antwort des Präsidenten Wilson zu sprechen. Aber bei der Situation,

wo die Dinge auf des Messers Spitze stehen,

betrachten wir es als Pflicht jedes Reichstagsabgeordneten und jeder Fraktion, nicht vor sorgfältigster Prüfung in die Diskussion dieser Materie einzutreten. Diese Prüfung war bisher nicht möglich. Die Fraktionen haben noch nicht dazu Stellung nehmen können, es wäre daher geradezu unverantwortlich, unvorbereitet in diese Debatte einzutreten. Wenn Graf Westarp von einer patriotischen Gewissenspflicht sprach, so ist das nicht innere ehrliche Ueberzeugung, sondern eine aufgeputzte Reuterung nach außen, um in das Volk Beunruhigung hineinzutragen. (Sehr wahr! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Wir haben auch während des Krieges gezeigt, daß wir alles daran setzen, um die Pflichten gegenüber unserem Lande und Volk zu erfüllen. Aber der Ernst dieser verantwortlichen Stunde gebietet, ernstlich zu prüfen, ob jetzt der richtige Zeitpunkt schon gekommen ist, die Note zu besprechen. Das scheint uns nicht der Fall zu sein.

Abg. Prinz Carolath (Natl.): Auch wir halten es für unsere patriotische Pflicht, in diesem Augenblick die Note nicht zu erörtern. Es wird niemand geschenkt werden, seine Ansicht über die Note hier auszusprechen. Das wird schon in den nächsten Tagen der Fall sein können.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Die Ausschaltung der Besprechung der neuen Note aus dieser Debatte ist deshalb gar nicht möglich, weil sie nichts weiter ist als eine ausgebaute Interpretation der vorausgegangenen Noten. Ihre Gedanken sind klar erkennbar für jeden intelligenten Menschen bereits in den früheren Noten enthalten. Der Präsident muß also ständig auf der Lauer liegen, um festzustellen, ob ein Eingehen auf die neue Note vorliegt. Im Interesse unseres Präsidenten (Heiterkeit), bitte ich ihn vor dieser unmöglichen Aufgabe zu bewahren. In den ständigen Bemühungen des Abg. Ebert, seitdem seine Freunde in die Regierung eingetreten sind, im Rahmen der Geschäftsordnung die Debatten vom Plenum auszuschalten, sehe ich die

Aufgabe eines freiwilligen Regierungskommissars.

(Lachen bei den Soz.)

Abg. Maier-Kaufbeuren (Ztr.): Das Wohl des Vaterlandes erfordert es in dieser Stunde, daß wir nach außen nichts tun, was die schließliche Stellungnahme unserer Regierung präjudizieren könnte. Dafür wird das Volk volles Verständnis haben. (Sehr wahr!)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Behauptung des Abg. Ebert, daß wir hier unsere Sorgen und Empfindungen um des Eindrucks nach außen hin aufgeputzt hätten, weise ich zurück. Ich stehe über einem derartigen beleidigenden Vorwurf.

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Konservativen und Unabh. Sozialdemokraten, daß die neue Wilsonnote heute nicht besprochen werden soll.

Abg. Korfanty (Pole): Abg. Kreth hat gesagt, der preußische Löwe sei noch nicht so tot, um nicht Prankenhiebe zu verteilen, wenn man ihm Fußtritte gebe. Es entspricht nicht unserer Art, einem sterbenden Löwen Fußtritte zu geben, wir haben einen offenen Kampf mit dem preußischen System nie gescheut, das wir allerdings nie mit einem Löwen vergleichen würden. Wir empfinden gegenüber dem bisherigen preußischen System nicht Haß, sondern Verachtung. Das deutsche Volk aber schätzen und achten wir. (Bravo!) Wir haben innerstes Mitleid mit der Katastrophe, die über das deutsche Volk hereingebrochen ist, die eine Folge gewisser Charakterfehler dieses Volkes ist, eines Mangels an freiheitlichem Sinn und politischer Selbstachtung. Aber wir beglückwünschen das deutsche Volk zu dem freiheitlichen Aufbau seiner Verfassung. Es ist eine wunderbare Fügung Gottes, daß das alte Preußen, Rußland und Oesterreich an der nationalen Idee zugrunde gegangen sind, an der sie sich Polen gegenüber schwer versündigt haben.

Wir verlangen keinen deutschen Boden.

Aber wir verlangen eine eigene Meeresküste mit polnischer Bevölkerung, wie sie auf dem linken Weichselufer bis Hela hinauf unzweifelhaft vorhanden ist.

Präsident Fehrenbach: Sie verwechseln den deutschen Reichstag mit dem künftigen Friedenskongreß. Sie sollten ein Empfinden dafür haben, daß es von dieser Tribüne nicht angeht, über die Losreißung deutschen Gebietes von Deutschland zu sprechen.

Abg. Korfanty (fortfahrend): Ich glaube, es kann die Gefühle dieses Hauses nicht verletzen, wenn hier unzweifelhaft polnisches Gebiet für Polen gefordert wird. Deutsche und Polen werden aufeinander angewiesen sein, und wir reichen ihnen die Bruderhand zu gemeinsamer Arbeit, zum Wohle der Menschheit. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Schulz (D. Fraktion): Ueber die Polen habe ich mich nie einer Illusion hingegeben und auch denen, die Illusionen hatten, mußten sie schwinden, als der Abg. Korfanty die unzweifelhaft deutsche Stadt Danzig für Polen fordert. Mit Scham erfüllt es mich, wie über diese Dinge in den letzten Tagen hier gesprochen worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben und erwarten von der Regierung und dem Reichstag, daß sie ihre Pflicht tun! (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (Volksp.): Das Schmerzlichste war für mich die Erklärung der Elsässer, eines Landes, das zu 90 Prozent von Deutschen bewohnt ist. Den Scherbenhaufen im Elsaß danken wir der unsinnigen Politik, die wir stets aufs äußerste mit der Forderung der Autonomie bekämpft haben. Was dort von dem Militarismus gesündigt ist, erleben wir jetzt nach dem Wort:

Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Ich hoffe, daß die Elsässer sich noch besinnen werden, weil sie Deutsche sind. Auch in Polen hat die von uns stets bekämpfte Politik viel Böses verschuldet. Das Manifest der Polen steht im schroffen Widerspruch zu Wilsons Programm, bei dem nur von einer ungewiselhaft polnischen Bevölkerung die Rede ist. Sollten ethnographische Abgrenzungen für Staaten die einzigen maßgebenden sein, so müßten wir außer dem Elsaß auch Deutsch-Oesterreich und die deutsche Schweiz verlangen. Diese Forderung haben wir nie erhoben, weil eben Staaten nicht nur ethnographisch abgegrenzt werden können. Besonders unmöglich ist das im Osten. Das Entscheidende muß die Sprache sein. Den Zugang zum Meer könnten die Polen ebensogut über Litauen erhalten, wie sie ihn früher schon gehabt haben. Mit einer Vergewaltigung Deutschlands ist ein dauernder Völkerbund unmöglich. (Sehr richtig!) Nur wenn die Lebensinteressen jedes einzelnen Volkes gewahrt werden, ist er zu verwirklichen. — Es ist tieftraurig, daß wir überhaupt zu diesen Debatten gekommen sind. Leider sind die Militärs erst zu ihrer jetzigen Erkenntnis gekommen in dem Moment, wo es viel zu spät war, einen guten Frieden durchzusetzen. Wenn die Deutsche Tageszeitung jetzt von einer Regierung der Verkleinerung des Reichs spricht, so ist das

die ungeheuerlichste Verlogenheit

von Seiten der Leute, die den Krieg als Erlösung begrüßt haben und während des Krieges alles getan haben, um einen brauchbaren Frieden zu verhindern. (Lebh. Zustimmung links.) Sie sollten an Ihre Brust schlagen und sagen, Gott sei mir Sünder gnädig für alles, was ich am deutschen Volke verbrochen habe. (Lebh. Zustimmung links.)

Staatssekretär Trimborn: Wenn die Mitteilung des Abg. Korfanty, daß die Verbreitung der neulichen Rede des Abg. Stychel von dem Generalkommando in Posen verboten ist, zutrifft, so kann diese Maßnahme von der Regierung nur gemißbilligt werden, und es werden die nötigen Schritte ergriffen werden. (Bravo!)

Abg. Schlee (Natl.): Wir können die Polen so gut behandeln wie wir wollen, wir werden sie doch nie dazu bringen, Deutsche zu werden. Wir haben bei unseren Maßnahmen nicht danach zu fragen: was nützen sie den Polen, sondern was nützen sie den Deutschen. (Sehr richtig!) Das Mitleid der Polen brauchen wir nicht. Das deutsche Volk ist noch nicht so weit, daß es sich ohne weiteres dem Machtgebot eines Wilson unterwirft. (Bravo! rechts.) Es wird sich besinnen, es bedarf nur der Führung. (Lebh. Bravo! rechts.) Die Polen haben selbst nichts getan zur Erringung des polnischen Reichs, sie haben nur große Worte gemacht. Wenn sie jetzt deutsches Land haben wollen, so mögen sie nur kommen und es sich holen; sie werden bei uns mit blutigen Köpfen abgewiesen werden. (Stürm. Beifall rechts. — Lautes andauerndes Händeklatschen auf den Zuschauer-Tribünen. — Große Unruhe.)

(Schluß des Reichstags im Hauptblatte.)

Was wird aus Oesterreich?

Neue Regierungen in Oesterreich und in Ungarn.

Das Ministerium Hussarek ist zurückgetreten. Prof. Lammasch soll bereits mit den Parteien verhandeln. Selbstverständlich handelt es sich nur um ein Uebergangsministerium, das den Uebergang der Verwaltung an die Nationen durchführen soll.

Das Ministerium Lammasch ist noch nicht gebildet, aber seine Umrisse sind bereits bekannt. Es soll, wie dem Vorw. aus Wien berichtet wird, das Ansehen Oesterreichs nach außen wieder herstellen und Vertrauen zur Friedensliebe und den Willen der Umgestaltung wecken. Es soll ein Professorenministerium sein, das nicht nur im Auslande, sondern auch im Inland Ansehen hat. Seinen Mitgliedern soll keine unter heutigen Umständen kompromittierende Vergangenheit nachgeworfen werden können, damit auch Tschechen und Südslawen dem Ministerium wohlwollend gegenüberstehen, wenn sie auch nicht eintreten und es nicht aktiv unterstützen. Von Professoren, die ihm beitreten, sind außer Lammasch, auf dessen Ansehen als Pazifist, als Mitglied der Haager Konferenzen und als Völkerrechtslehrer die ganze Konstruktion aufgebaut ist, noch zu nennen: der Theologe Seipel, der ein ausgezeichnetes Buch über nationale Demokratie geschrieben hat, dann Professor Schumpeter, der an der Grazer Universität Volkswirtschaftslehre liest und als Austauschprofessor in Amerika weilte, schließlich der rühmlich bekannte Staats- und Verwaltungsrechtler Professor Abg. Redlich und der Wiener Anatom Tandler. Lauter berühmte Namen, zum Teil modernster Prägung, zum Teil wie Seipel und Lammasch gläubige Katholiken, ja ausgesprochene Klerikale. Diese Ministerliste ist übrigens noch nicht definitiv. Die Tendenz zum Professorenministerium ist aber sicherlich vorhanden.

Ein ungarischer Nationalrat.

Budapest, 26. Oktober. (W. T. B.) Heute nacht wurde in einer Konferenz der Vertreter der Karolyipartei, der Sozialdemokraten und der Radikalen die Bildung eines ungarischen Nationalrates beschlossen. Der Nationalrat erließ eine

Proklamation an das ungarische Volk,

welche in zwölf Punkten das Programm des Nationalrates zusammenfaßt und in dem verlangt wird: unverzügliche Entfernung des jetzigen korrupten parlamentarischen und Regierungssystems, unverweilte Sicherung der vollständigen Unabhängigkeit Ungarns, sowohl außenpolitisch wie wirtschaftlich und militärisch. Die ungarländischen Heere sind aus dem Auslande zurückberufen, die ausländischen in die Heimat zurückzubefördern. Dem hoffnungslosen Kriege muß sofort ein Ende gemacht werden. Bei Friedensschluß dürfen allein die Interessen Ungarns vor Augen gehalten werden unter

Auflösung des deutschen Bündnisses

Die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Ausschreibung von Neuwahlen, die Inartikulierung des allgemeinen, gleichen, geheimen, sich auch auf die Frauen erstreckenden Wahlrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker müsse unverzüglich gesichert werden; für die nicht ungarisch sprechenden Völker des Landes im Sinne der Wilsonschen Prinzipien, Vereins- und Versammlungsrecht, Abschaffung der Zensur, Pressefreiheit, Amnestie für politische Verbrechen, großzügige Grundbesitz- und sozialpolitische Reformen, Anerkennung der neu entstandenen ukrainischen, polnischen, tschechischen, südslawischen und deutsch-österreichischen Nationalstaaten; zum allgemeinen Friedenskongreß müssen in Vertretung Ungarns Männer entsandt werden, die vorbehaltlos Anhänger der Abrüstung, des obligatorischen Schiedsgerichts und der Liga der Nationen sind; Nichtigkeitserklärung der Brest-Litowsker und Bukarester Friedensverträge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181028-16/fragment/page=0005

Politische Uebersicht.

Unterm „neuen Kurs".

Versammlungsverbot in Stettin. Trotz der angeblichen Demokratisierung Deutschlands ist es noch nicht möglich, daß der Reichstagsabgeordnete Bogtherr zu seinen Wählern sprechen kann.

Eine zum 23. d. M. einberufene öffentliche Versammlung wurde von dem Generalkommando des 2. Armeekorps verboten, weil Vogtherr als Redner vorgesehen war. Auch wurde die öffentliche Versammlung mit einem andern Redner verboten.

•

Von der „Amnestie". Es gibt naive Leute, die ernsthaft glauben, hinter dem Gerede von Demokratisierung stecken ernsthafte Taten, oder die da glauben, die große Reklame von wegen der angeblichen Amnestie habe eine Berechtigung. Alles Halbheiten! Vielleicht das nicht einmal. Was ist bisher bei der pomphaft angekündigten Amnestie herausgekommen? Einige Reklamebilder sind ausgehängt worden; die Genossen Dittmann und Liebknecht hat man in Freiheit gesetzt. Wo bleiben die andern Opfer des ungesetzlichen Belagerungszustandes? Und wie steht es mit den schwebenden Verfahren?

Das Reichsgericht scheint zu wissen, daß die anhängig gemachten Verfahren ungestört ihren Lauf nehmen sollen. Seit einem halben Jahre schwebt gegen die Genossin Düwell und Mendel in Hamburg ein Verfahren. Sie sollen bei der Herstellung und Verbreitung von Streiklinglättern Beihilfe geleistet haben. Trotz mehrmaliger Vernehmung und verschiedenen Haussuchungen wurden Beweise nicht beschafft. Von Fluchtverdacht war in der ganzen Zeit keine Rede.

Nun, wo die Amnestie sozusagen in der Luft liegt, nun auf einmal soll nach der Annahme des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts Fluchtverdacht vorliegen! Gerade als man im Reichstag so schön über den neuen Kurs redete, der Reichskanzler der Amnestie rührende Worte gewidmet, werden die genannten Genossinnen verhaftet — weil plötzlich — am 23. Oktober — Fluchtverdacht gerechtfertigt sein soll.

Der neue Kurs steuert, daß den Reaktionären das Herz im Leibe lachen kann.

Herrenhaustreue zum Herrscherhause.

Das Herrenhaus behandelte am Sonnabend zunächst Bittschriften und Eingaben. Sodann teilte der Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg mit, daß folgender Antrag der konservativen Fraktion eingegangen ist:

In der Zeit der tiefsten Not des deutschen Vaterlandes ist es Pflicht und Recht des preußischen Herrenhauses, zum Ausdruck zu bringen, wie unlöslich der Zusammenhang zwischen dem preußischen Herrscherhause und seinem Volke ist. Der König von Preußen wird sein Volk auch in der dunkelsten Stunde treu erfinden. Das Herrenhaus wird eingedenk seiner Vergangenheit, allezeit zu seinem angestammten Herrscher als Schutzwehr vor dem Throne stehen.

Die Begründung des Antrages lautet:

Die Verhandlungen des Reichstages vom gestrigen Tage und die bei dieser Gelegenheit gegen Seine Majestät gerichteten Angriffe haben in jedem preußischen Herzen das Bedürfnis wachgerufen, die Treue zu seinem König vernehmlich zu bekunden.

Der Präsident schlug vor, diesen Antrag, gegen dessen sofortige Behandlung geschäftsordnungsmäßige Bedenken nicht ausgeschlossen seien, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und wurde ermächtigt, Tag und Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Herrenhauses festzusetzen.

Das preußische Herrenhaus kann, so bemerkt der Vorw. sehr treffend, im Namen des preußischen Volkes genau so viel oder wenig erklären, wie etwa das englische Unterhaus im Namen der Inder, denn das preußische Volk übt auf die Zusammensetzung des Herrenhauses nicht den mindesten Einfluß aus. Hingegen ist der Reichstag, gegen den sich zu wenden ein „Bedürfnis aller preußischer Herzen" sein soll, zum größten Teil vom preußischen Volke gewählt worden, und zwar entfielen von 7,5 Millionen im Jahre 1912 abgegebenen Stimmen rund 5,5 Millionen auf die Parteien der jetzigen Mehrheit.

•

Berlin, 27. Oktober. (W. T. B.) Die nächste Plenarsitzung des Herrenhauses ist auf Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 2 Uhr, festgesetzt. Zur Beratung gelangt der Antrag Graf York betreffend die Belundung der Treue des Herrenhauses zum König.

Parlamentarisierung in Hessen.

Staatsminister Ewald gab vor dem Verfassungsausschuß der Zweiten hessischen Kammer folgende Erklärung ab:

Nachdem für Preußen die Einführung des gleichen Wahlrechts ohne jede Zustimmung und die Einführung der Verhältniswahl für große Wahlkreise als gesichert zu betrachten ist, wegt die großherzoglich hessische Regierung kein Bedenken, heute schon zu erklären, daß sie die Aufhebung des Mehrstimmenrechts und die Einführung der Verhältniswahl für Wahlkreise, worin mehrere Abgeordnete zu wählen sind, vorschlagen wird, wenn sich nach dem Ergebnis der Ausschußverhandlungen die erforderliche Mehrheit hierfür finden wird. Ferner ist die Regierung bereit, mit dem Ausschuß über weitergehende Wünsche zur Aenderung des Wahlgesetzes und der Verwaltungsgesetze zu beraten.

Ueber die Frage der Teilnahme von Vertrauensmännern des Parlaments an den Regierungsgeschäften äußerte der Staatsminister: Nach Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse des Reiches habe ich mich in Gemeinschaft mit meinen beiden Kollegen für verpflichtet gehalten, dem Großherzog über die Entwicklung und die politischen Folgen, die sich daraus für Hessen ergeben können, Vortrag zu halten. Der Großherzog hat darauf erklärt, daß er sich selber schon bei der Auswahl der Minister nicht auf einen engeren Kreis von Staatsbeamten beschränkt, sich vielmehr stets bemüht habe, nur solche Männer zu berufen, von denen er glaubte, annehmen zu dürfen, daß sie das Vertrauen des Volkes genießen. Der Großherzog hat sich aber im Einklang mit unseren Vorschlägen bereit erklärt, in Zukunft solche Berufungen nicht vorzunehmen, ohne daß durch vorheriges geeignetes Benehmen festgestellt ist, daß die zu Berufenden auch von dem Vertrauen der parlamentarischen Körperschaften getragen sind.

Die „Neuordnung" in Bayern.

Keine Aussicht auf ein ersprießliches Ergebnis.

Die interfraktionellen Verhandlungen über die demokratische Ausgestaltung der bayerischen Verfassung erfuhren eine plötzliche Unterbrechung. Zu der gemeinsamen Sitzung der Parteiführer mit der Regierung waren die Vertreter der Sozialdemokraten nicht erschienen. Sie hatten dem Ministerpräsidenten brieflich mitgeteilt, daß sie von einer Teilnahme an den Beratungen absehen müßten, da sie keine Aussicht auf ein ersprießliches Ergebnis zu erkennen vermöchten. Diese Haltung dürfte auf innere Vorgänge in der Partei zurückzuführen sein. Die bisherigen Bewegungen in der Richtung eines gemeinsamen Reform-Programms dürften damit als fruchtlos und gescheitert gelten.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 28. Oktober 1918.

Die Arbeiterfahrkarten bei der städtisch. Straßenbahn.

Eine der hauptsächlichsten Forderungen der neueren Wohnungspolitik ist die Verbesserung und Verbilligung der Verkehrseinrichtungen in den Großstädten. Namentlich der Arbeiterschaft muß Gelegenheit gegeben werden, ihre Wohnungen nach den Vororten zu verlegen, damit sie sich mit Stadtinnern selbst zusammenzudrängen brauchen. Jedenfalls sind Erleichterungen im Straßenbahnwesen schon immer als das beste Mittel gegen den Wohnungswucher und die Gelüste städtischer Hausagrarier bezeichnet worden. Diesen sozialen Forderungen schlägt der neue Teilstreckentarif geradezu ins Gesicht. Ganz besonders zu bekämpfen ist, daß das System auch auf die Arbeiterfahrkarten ausgedehnt worden ist. Wenn schon eine Erhöhung des Fahrpreises unerläßlich war, so hätte man diese auch ohne die Schwierigkeiten und Komplikationen des Teilstreckentarifs durchführen können. Die Arbeiter für ihren Teil müssen ganz besonders auf eine Verbesserung der Einrichtung der Arbeiterfahrkarten dringen.

Das Gewerkschaftskartell Halle hat eine Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten gerichtet und um Verbesserungen ersucht. Zunächst müßten die Arbeiterfahrkarten verbilligt werden. Gegenwärtig kostet eine solche Karte, die für sechs Wochentage zu je einer Hin- und Rückfahrt, also zu zwölf Fahrten, berechtigt, bei einer Ausdehnung auf drei Teilstrecken 1,20 Mk., und bei einer solchen auf vier Teilstrecken 1,60 Mark. Im Verhältnis zu den Monatskarten im Preise von 10 Mk. ist das viel zu hoch. Die Monatskarten berechtigen zur beliebigen Benutzung der Straßenbahn, auch an den Sonntagen. Ihrer ganzen Anlage nach kommen aber eben die Monatskarten nicht für Arbeiter, sondern nur für „bessere Herren" in Betracht. Weiter müßte das Teilstreckensystem bei den Arbeiterfahrkarten ausgeschlossen sein. Die Karte müßte für das ganze Straßenbahnnetz zum gleichen ermäßigten Preise zu haben sein und zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte beliebig benutzt werden können. Die Wohnungsnot macht es heute unmöglich, daß sich der Arbeiter eine Wohnung in der Nähe seiner Arbeitsstätte suchen kann, er muß sein Zelt aufschlagen, wo er gerade eine Wohnung findet, und wenn es noch so weit von der Fabrik entfernt ist. Ein anderer Uebelstand ist, daß die Gültigkeit der Karte nur auf die sechs Tage einer Woche beschränkt ist. In vielen Fällen kann der Arbeiter die Karte nicht ausnutzen, sei es, daß er krank wird, daß er die Arbeitsstelle wechselt, daß er „aussetzen" muß oder auf „Montagen" geht usw. Es muß die Gültigkeit der Karte etwa auf ein Vierteljahr verlängert werden, so daß erst nach Ablauf dieser Zeit der Verfall eintritt, außerdem müßte eine nicht abgefahrene Karte dem Werte der nicht abgefahrenen Strecken entsprechend auf eine neue Karte umgetauscht werden können. Daß die Arbeiterfahrkarte nicht nach 8 Uhr abends benutzt werden kann, ist ebenfalls ein Uebelstand. Warum das? Durch Ueberstundenarbeit, Warten auf die Straßenbahn usw. kann leicht die Zeit überschritten werden. Durch die Vorschrift wird gerade der Andrang nach der Straßenbahn in den Abendstunden erzeugt; jeder will bis 8 Uhr noch mit fort. Die Verlängerung der Gültigkeit über diese Zeit hinaus würde den Andrang mehr verteilen. Schließlich ist es eine Härte, daß die Arbeiterfahrkarten nur für bestimmte Linien gelten, und zwar auch dann, wenn zwischen der Einsteige- und Aussteigestelle mehrere Linien verkehren. Auch hier würde die Möglichkeit der Benutzung auf den anderen Linien Erleichterungen bringen: Der Arbeiter brauchte weniger lange zu warten bis „seine" Linie kommt, er könnte mit der Linie fahren, die weniger besetzt ist usw.

Die städtischen Körperschaften sollten diese Verbesserungen sobald wie möglich einführen. Versprach doch der Magistrat, die Frage der Arbeiterfahrkarten nochmals zu prüfen, und sind doch auch schon Beratungen gepflogen worden. In Großstädten, wie Berlin, Leipzig usw., sind die Arbeiterfahrkarten weit billiger und zweckmäßiger als in Halle. Will die Stadtverwaltung Halle unter allen Umständen den Glauben aufrecht erhalten, daß alles, was sie in die Hand nimmt, nur schlechter gestaltet wird?

---

* Genosse Karl Reiwand ist am Sonnabend erfreulicherweise wieder freigelassen worden. Auf seine Frage, weshalb er nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft wieder in Schutzhaft genommen worden wäre, hat man ihm geantwortet, der Schutzhaftbefehl vom Dezember 1917 sei noch nicht aufgehoben gewesen; infolgedessen wäre die Wiederinhaftnahme sozusagen automatisch erfolgt. Man muß erstaunen darüber, daß so etwas passieren kann! Man scheint wirklich noch nicht überall bei den Behörden zu wissen, was die neue Zeit erfordert, und daß die persönliche Freiheit eines Staatsbürgers auch nicht durch unangebrachte Verzögerungen in der Erledigung von Amtshandlungen beeinträchtigt werden darf. Wie Genosse Reiwand weiter erfahren hat, nimmt das Verfahren gegen ihn seinen Fortgang; die Untersuchungshaft tief, weil der Reichsanwalt Fluchtverdacht für nicht mehr vorliegend erklärt hatte. Als ob dieser Verdacht jemals überhaupt begründet gewesen wäre, wo Genosse Reiwand sich vollkommen schuldlos fühlt!

* **Erhöhung der Kriegsunterstützungen in Halle.** Es wird gemeldet: Die Stadtverwaltung ist bemüht, den Bedürftigen nach Möglichkeit über die Not der Zeit hinwegzuhelfen. So gewährt die Armendirektion den Almosenempfängern, die einen eigenen Hausstand führen, für die Zeit vom 1. November 1918 bis 1. Mai 1919 eine Beihilfe von 4 Mk. zur Beschaffung von Kohlen. Die Kriegsunterstützungskommission bewilligte den Kriegsunterstützungen beziehenden Haushaltungen für diesen Winter eine einmalige Beihilfe von 40 Mk. zur Bezahlung von Kohlen. Ferner wird vom 1. November an der Reichszuschuß eines jeden Unterstützungsempfängers um monatlich 5 Mk. erhöht. Eine erweiterte wirtschaftliche Fürsorge ist auch darin zu erblicken, daß von jetzt an der Arbeitsverdienst der Kriegerfrauen nicht wie bisher nur bis zu 80 Mk., sondern bis zu 60 Mk. gar nicht und von dem 60 Mk. übersteigenden Betrage in der Regel nur die Hälfte und in besonderen Ausnahmefällen ein Viertel auf den städtischen Zuschuß angerechnet werden soll.

* Die Heeresbezüge (Militärrenten) werden, wie uns die Postverwaltung mitteilt, am Dienstag, den 29. Oktober, beim Postamt 1 (Eingang Poststraße, gegenüber dem Landgericht), gezahlt.

* **Beschränkung in der Annahme von Privatpaketen.** Die Versendung von schweren und unförmigen Paketen mit der Post hat in letzter Zeit, hauptsächlich unter der Wirkung der Stückgutsperre im Eisenbahnverkehr, bedeutend zugenommen. Die Behandlung der zahlreichen besonders schweren Pakete verursacht derartige Schwierigkeiten, daß darunter die Beförderung der übrigen Pakete empfindlich leidet. Die Postverwaltung sieht sich daher zu ihrem Bedauern gezwungen, vom 28. Oktober an bis auf weiteres gewöhnliche und Wert-Pakete, die das Gewicht von 25 Kilogramm überschreiten und von Privatpersonen herrühren, von der Annahme zur Postbeförderung auszuschließen.

* **Weitere Verkehrseinschränkungen betrifft eine Bekanntmachung der Kgl. Eisenbahndirektion in der vorliegenden Nummer. Wer die Bahn öfter zu benutzen hat, namentlich die Züge Richtung Sagan—Halle—Kassel und umgekehrt, möge sie beachten.**

* **Lieder-Abend des Frauen- und Mädchenchors im Volkspark.** Frauenchöre haben jetzt die Pflicht, ihre Daseinsberechtigung zu erweisen. Für sie gibt es keinen Grund, sich auf die Not am Mann zu berufen (wenigstens keinen künstlerischen); sie müssen doch die Zeiten nützen, wo Männerchöre naturgemäß schwer zu kämpfen haben, und sollten in der Wahl der Vorträge und in der Art der Darbietung nicht genug Ehrgeiz entwickeln können. Daß der Frauen- und Mädchenchor sauber, brav und schulgemäß singen kann, ist bekannt. Dafür bürgt sein gewissenhafter Leiter Gustav Lissel. Aber es ist Gebot, bei jedem öffentlichen Heraustreten nach den Gipfeln zu streben. Schumann und Brahms müßten immer vertreten sein. Für diesmal beschied man sich mit Gesängen von Heim, Schubert, Uthmann, Silcher und einigen Volksliedern, während es von Mendelssohn ausgerechnet des Engelterzett aus dem Elias zu hören gab. Dieses Soloterzett einem ganzen Chor zu übertragen, ist an und für sich nicht sehr geschmackvoll, und vor allem für eine künstlerisch strebende Vereinigung nicht eben unbedingt notwendig, und müßte nur durch eine geradezu ungewöhnlich schöne Ausfeilung des Vortrages gerechtfertigt werden. Gern wollen wir aber zugestehen, daß sämtliche Gesänge eine gute Schulung erkennen ließen, die schon hinsichtlich der Stimmbildung lobenswert ist. Vor allem verdient die feinsinnig abwägende Ausdrucksweise und die relative Reinheit der Intonation hervorgehoben zu werden. Die stärkste Leistung des Abends war entschieden der Friedenschor aus Wagners Rienzi, wenngleich hierbei leider der Solosopran vollständig unterging, allerdings nicht durch Schuld der Sängerin, als vielmehr durch die den ganzen Abend herrschende Unruhe. Es ist bedauerlich, dies konstatieren zu müssen, aber im Interesse der Ausführenden muß dies besonders vermerkt werden. Den instrumentalen Teil vertraten Gustav Lissel und Hildegard Lissel mit Vorträgen auf dem Harmonium und dem Klavier, und zwar hörten wir den Pilgerchor und Lied an den Abendstern aus dem Tannhäuser von Wagner und Intermezzo aus der Oper Cavalleria rusticana von Mascagni. Gustav Lissel fang das weiteren drei heitere Gesänge, von seiner Tochter gut begleitet. Frau Meta Herold ließ trotz Indisposition ihr schönes leicht ansprechendes Stimmaterial in der Pagenarie aus Meyerbeers Hugenotten und in zwei Liedern leuchten. Alles in allem ein schöner Abend, der nur, wie schon bemerkt, nicht die volle Würdigung einzelner Zuhörer fand.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, wird Das Dreimädelhaus gegeben. Dienstag: Fidelio. Mittwoch gelangt unter der Spielleitung von Halbert Kriwat das Lustspiel Familie Schimek zur Erstaufführung. Donnerstag wird die Oper Hoffmanns Erzählungen wiederholt. Freitag: Lohengrin. Nachdem Herr Kammersänger Neudörffer von seiner Grippe-Erkrankung wieder genesen ist, wird die Göllnersche Oper Die versunkene Glocke, in der Herr Neudörffer den Glockengießer singt, demnächst im Spielplan des Stadttheaters erscheinen.

* **2. Sinfonie-Konzert im Stadttheater.** Das 2. Sinfonie-Konzert des Stadttheaters findet am Sonnabend, den 2. November, unter Leitung von Oskar Braun statt. Als Solist erscheint Prof. Karl Klingler. In dem Konzert kommt die Sinfonietta von Paul Graener zur Erstaufführung in Halle.

* **Das Märchen vom verwunschenen Prinzen** wurde Sonntag nachmittag im Apollotheater aufgeführt, wodurch diesen Hundert Kindern eine große Freude bereitet wurde. Die Aufführung war gut vorbereitet, namentlich war auf die heiteren Szenen viel Sorgfalt verwendet worden. Der Kindermann war mit seiner Fistelstimme eine ergötzliche Type. Die freudig erregte Jugend war natürlich gern zum Beifall bereit. Wie wir hören, sollen die Märchenvorführungen an den nächsten Sonntagen fortgesetzt werden.

* **Die vergeßlichen Hallenser.** Im Monat September sind, wie die Direktion der städtischen Straßenbahn mitteilt, allein sechsundzwanzig Regenschirme in den Wagen stehen gelassen und als Fundsachen in Verwahrung genommen worden.

* **Einbrecher im Hamsternest.** Aus dem Keller eines Grundstücks in der Humboldtstraße wurden am Sonnabend nachmittag 16 Büchsen Hühner- und Schweinefleisch, 1 Schock Eier, 1¼ Pfund Butter und 8 bis 10 Flaschen Wein im Gesamtwerte von etwa 400 Mk. gestohlen.

* **Kampf mit einem Kaninchendieb.** In der Nacht zum Sonntag wurde ein angeblich in Leipzig wohnhafter Arbeiter in einem Grundstück der Bernhardystraße beim Kaninchendiebstahl abgefaßt. Die Eigentümer wurden durch einen an dem Stalle angebrachten Alarmschuß auf den Diebstahl aufmerksam gemacht. Da der Dieb seiner Festnahme heftigen Widerstand entgegensetzte, mußte er erst überwältigt werden, wobei er mehrere Verletzungen am Kopfe davontrug. Er wurde nach der Revierwache und hierauf nach Anlegung eines Notverbandes mit dem städtischen Krankenwagen nach der Königlichen Klinik geschafft. Eine Lebensgefahr besteht nicht.

* **Kleiderdiebstahl.** Am Sonntagabend drangen Diebe in eine in der Kronprinzenstraße befindliche Wohnung ein und stahlen einen Wintermantel, ein Paar Damenschuhe, sowie Pelz- und Schmucksachen.

Können. Honigverteilung. Heute, Montag, kommt Honig zur Verteilung. Nr. 1 bis 300 bei Franz Neubauer, 301 bis 765 bei Otto Lederbogen, 766 bis Schluß bei Ed. Letz u. Ko. Gegen Lebensmittelkarte Abschnitt 52 je 125 Gramm a Pfund 78 Pf.

Lübejün. Beschlüsse der Stadtverordneten. Ein neues Ortsgesetz über die anderweite Regelung des Wasserzinses wurde an eine Kommission verwiesen, bestehend aus den Stadtverordneten Fuchs, Busch, Klaus und Klempnermeister Hundt. Die Angliederung von vier Mittelschulklassen an unsere Stadtschule wurde nach dem Antrage des Magistrats beschlossen. Bürgermeister Aschwitz machte die Mitteilung, daß bisher 53 Meldungen eingegangen seien. Der Zinsfuß für Spareinlagen an der Städtischen Sparkasse wurde ab 1. Januar 1919 auf 4 Prozent, für einheimische Hypothekengläubiger auf 4½, für auswärtige auf 5, für Darlehen mit Bürgschaftserklärungen auf 5½ Proz. erhöht. Nachdem das städtische Krankenhaus sich als zwecklos erwiesen hat, wurde dessen Auflösung beschlossen. Zu Mitgliedern des Schulvorstandes der gewerblichen Fortbildungsschule wurden Bürgermeister Aschwitz, neugewählt, die ausscheidenden Herren Busch, Rich. Paarsch, Lemm, Fister, Schimmel und Schuster wiedergewählt.

— Dieerste Mütterberatungsstunde wird Dienstag, den 29. Oktober, nachmittags von ½2 bis 3 Uhr, im Rathause (Eingang Burgstraße) stattfinden und weiterhin regelmäßig alle vier Wochen. Die Beratungsstunden werden von der Fürsorgeschwester abgehalten und stehen unter Leitung von Sanitätsrat Dr. Dreßler. Alle Kinder bis zum zweiten Lebensjahre können zu diesen Beratungsstunden gebracht werden; die Mütter erhalten hier ärztlichen Rat und sonstige Hilfe und das Gedeihen der Kinder wird durch regelmäßiges Wiegen beobachtet. Die Bezugsscheine für Lebensmittel werden ebenfalls nur hier ausgegeben.

Allerlei.

Eisenbahnunglück in Ungarn.

Auf der Semliner Linie ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Vor der Station Varcza-Topla fuhr ein Personenzug in einen Güterzug hinein. 15 Personen wurden getötet, 26 schwer verletzt. Die Mehrzahl der Verunglückten sind Soldaten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181028-16/fragment/page=0006